

MOVIE

die globalisierungskritische jugendzeitschrift

Klimawandel

- die Auswirkungen im Süden

Globalisierung

- Freiheit oder Freihandel?

Venezuela

- Gerechte Gesellschaft?

Inhalt

- 07** **GLOBALISIERUNG -**
Zwischen Freiheit und Freihandel
- 08** **ALLE VIER SEKUNDEN EIN MORD**
- 10** **KLIMAWANDEL UND DIE FOLGEN**
für die Menschen des Südens
- 13** **ABSCHOTTUNG GOES EUROPE!**
- 15** **DIE GESCHICHTE DER GLOBALISIERUNG**
- 17** **VENEZUELA**
Unfaire Unterdrückung oder Gerechte Gesellschaft
- 21** **BILDUNG ALS WARE**
- 23** **PRIVATISIERUNG**
ein Kommentar
- 25** **GREENWASHING**
bei Fleischprodukten
- 26** **DIE WELTBANK**
im Schatten der USA
- 28** **DIE WTO FÜR EINEN GERECHTEN WELTHANDEL?**
- 30** **MOVE! INTERVIEW**
mit Andrea



Liebe Leserin, Lieber Leser!

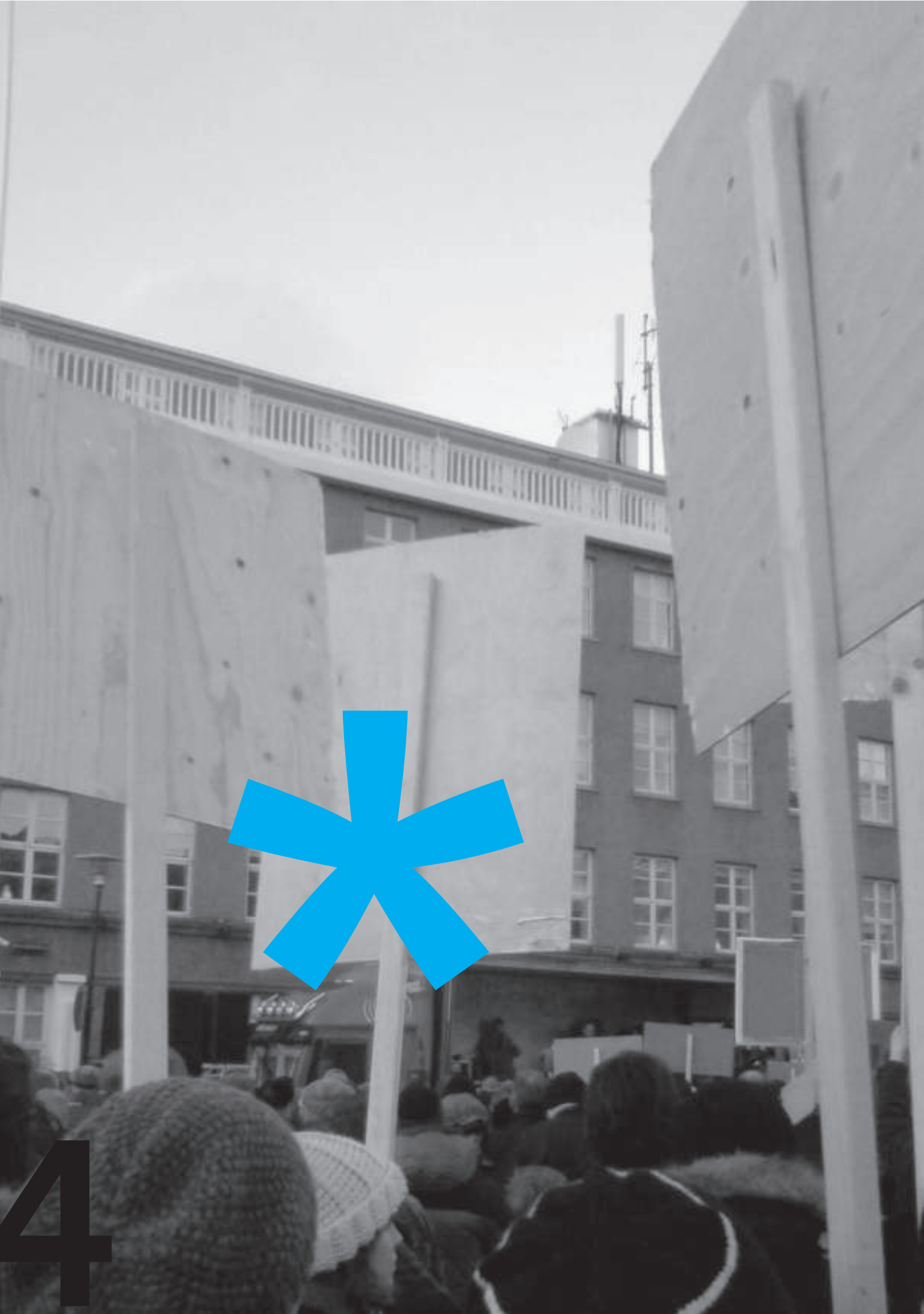
Alle 4 Sekunden stirbt ein Mensch an Hunger, obwohl die Erde locker 12 Milliarden Menschen ernähren könnte. So schockierend diese Tatsache auch ist, als Gesprächsthema hält sie selten mit. Über die Pixelstärke der neusten Handycamera wird vermutlich öfter gesprochen. Das interessante daran ist: Beide Gesprächsthemen haben etwas mit der selben Entwicklung in unserer Welt zu tun, die immer mehr und mehr zusammenrückt.

Um die Erscheinungen und Folgen dieser "globalisierten" Welt geht es in der *move!*. Sie ist vor etwa einem Jahr mit dem Gedanken gestartet, dass in unser Jugendmedienlandschaft etwas fehlt: eine politische Jugendzeitschrift für diejenigen, die sich informieren wollen über das, was ab- und schiefläuft in der Welt, weil sie keine Lust haben in Richtung Ego-Gesellschaft mitzuschwimmen und ihre Gedanken jeden Tag nur um die eigenen Bedürfnisse kreisen zu lassen. Wir wollen dir mit der *move!* einen Einblick in die so genannte "Globalisierungskritik" geben. Und das nicht mit Texten, die niemand versteht, dich langweilen und dir eine Meinung aufzwingen, sondern mit kritischen, verständlichen Artikeln, die sich etwas tiefer gehend mit einer teils sehr problematischen Globalisierung auseinandersetzen, deren Weg unsere Politik seit Jahren beschreitet. Die Artikel sind gänzlich freiwillig und kostenlos geschrieben worden, von jungen und aktiven Autoren, die Spaß daran haben und es wichtig finden, sich Gedanken über unsere Welt zu machen.

Dabei geht es unter anderem um Bildung, Schule und Hochschulen, die mehr und mehr zu einem Ort wirtschaftlichen Konkurrenzkampfs und renditeträchtiger Investitionen werden, als zu einem Ort des gemeinsamen Lernens. Es geht um den Klimawandel, der Unwetter entstehen lässt, die eine neue Höchstmarke an Menschenopfern mit sich bringen, um Menschen die in den Fluten des Mittelmeers auf der Flucht vor Katastrophen in ihrem Land versinken, aber auch um die vielen kleinen und großen, negativen wie positiven Folgen, die die Globalisierung für unseren Alltag mit sich bringt. Die Globalisierung lässt Entfernungen kleiner werden, sie bringt neue Produkte und technische Möglichkeiten, ermöglicht Freundschaften, die die ganze Welt umspannen. Sie teilt die Welt aber auch zunehmend in zwei Hälften: Einen reichen Norden und einen armen Süden. Und sie will uns glauben machen, wirtschaftliches Wachstum könne immer weiter vorangetrieben werden, wenn wir nur fleißig weitere Märkte liberalisieren.

Es ist also ein großes und komplexes, aber sehr spannendes Thema, in das wir dir einen Einstieg geben wollen. Wir, das sind politische aktive Menschen, die sich selbst der globalisierungskritischen Bewegungen zuordnen, die in unterschiedlichen Netzwerken aktiv sind, um dort für eine bessere Welt zu kämpfen. Vielleicht wird dein Interesse durch einige der Artikel geweckt, und vielleicht siehst du die Welt danach kritischer und bekommst auch Lust etwas zu verändern.

Deine move!- Redaktion



4

Globalisierung – Zwischen Freiheit und Freihandel

Fast ein halbes Jahrzehnt ist es inzwischen her, dass ich den ersten Brief von Claire, meiner «Correspondante», meiner ersten französischen Brieffreundin, geöffnet habe. Dass der Text von Rechtschreibfehlern durchzogen war, hat mich damals nicht gestört – denn endlich hatte ich die Antwort auf mein Wochen zuvor abgeschicktes

geschritten. Während früher ein Mensch seine Briefe nur zu Fuß oder zu Pferde zu einem Anderen bringen konnte, wurden nach und nach in der Geschichte viele weitere Möglichkeiten geschaffen. Neben der Kutsche war das Schiff eine der größten Errungenschaften der Globalisierung. Danach kamen innerhalb der letzten

können durch die günstigere Arbeit Kosten reduziert werden oder fähigere Fachleute engagiert werden. Dies kann einerseits positive Folgen für alle nach sich ziehen – denn unter Umständen gibt Intel die Einsparungen an die VerbraucherInnen weiter und der nächste Intel-PC kostet deutlich weniger. Andererseits jedoch werden durch die Ausweitung der Konkurrenz (unter den ArbeitnehmerInnen) über den nationalen Raum hinaus die Löhne aller gedrückt. Wenn ein(e) profitorientierter UnternehmerIn sich zwischen der günstigeren Fachkraft aus Russland und der teureren aus der EU oder den USA entscheiden muss, steht für sie/ ihn wohl die Entscheidung fest. Hindernisse wie ein kostenintensiver Transport sind durch die Globalisierung großteils entfernt worden. Zwangsweise muss daraufhin die/ der teurere ArbeitnehmerIn für weniger Geld arbeiten, um überleben zu können. Wenn die Warenpreise in gleichem Maße sinken wie die Löhne, ist für alle gesorgt. Das Problem liegt jedoch darin, dass die UnternehmerInnen ihren Gewinn steigern wollen und mit der Zeit eine zunehmend ungleichere Aufteilung des Geldes stattfindet. Sollten also in Zukunft nicht entweder die Unternehmen beispielsweise durch Steuern oder anderweitige «nichttarifäre») Handelsbarrieren wie Höchstmengen an Ein- oder Ausfuhrwaren eingeschränkt werden, müssen irgendwann sämtliche ArbeitnehmerInnen zu Niedrigstlöhnen arbeiten und die ArbeitgeberInnen immer mehr Geld anhäufen. Bis die Wirtschaft z.B. durch den Staat stärker eingeschränkt wird, bleibt den ArbeitnehmerInnen neben Streiks vielleicht nur eines: nämlich die Hoffnung, dass die Wirtschaft lernt, sozial zu denken.

Der Vorgang der Globalisierung ist erst einmal weder schlecht noch gut – und obendrein noch einer der natürlichsten der Welt

Schreiben. Keine drei Jahre später, der Kontakt mit meiner Brieffreundin war längst versiegt, hörte ich von einem Bekannten, einem Intel-Angestellten, etwas über dessen neuestes Forschungsprojekt. In Moskau sollte er einen Computer-Chip entwickeln und nach Abschluss des Auftrags einen Großteil der Ingenieure wieder dem freien Markt überlassen, sie also entlassen.

Auf den ersten Blick haben die beiden Ereignisse nicht sonderlich viel gemein. Höchstens, dass sie beide mit dem Ausland zu tun haben. Und doch zeigen sie beide deutlich die Auswirkungen der Globalisierung. «Globalisierung» – ein Fremdwort, das die Zunahme von Telekommunikations- und Transportmöglichkeiten auf der gesamten Welt beschreibt. Also in der Praxis: mehr Schifffahrtsstraßen und Schiffe, mehr Autobahnen und Autos sowie mehr Fluglinien und Flugzeuge. In der Telekommunikation u.a. mehr Postwege, ein dichteres Telefonnetz, die stärkere Verbreitung von Internetschlüssen. Dieser Vorgang ist erst einmal weder schlecht noch gut – und obendrein noch einer der natürlichsten der Welt. Auch wenn bspw. durch Kriege oder internationalen Streit die Globalisierung oft unterbrochen wurde, so ist sie doch im Laufe der Jahrhunderte immer weiter voran

Jahrhunderte durch die Industrialisierung und speziell die Erfindung der Dampfmaschine die Bahn, (ab hier spricht man soweit ich weiß erst von Globalisierung) das Auto und das Flugzeug. Auch Claires Brief ist vermutlich mit der Bahn oder dem Auto von Frankreich nach Deutschland gelangt. Vor einhundert Jahren wäre die Sendung vermutlich erst einige Tage später angekommen. Und Post nach Asien, Amerika oder Afrika wäre für eine(n) SchülerIn damals wohl nicht bezahlbar gewesen. Heute ist auch dies kein Problem mehr – dank Internet und schnelleren Verkehrswegen. Die Globalisierung ermöglicht also eine freiere Verständigung: Menschen können über weite Strecken hinweg miteinander kommunizieren. So können auch etwa Missstände in fernen Ländern an die Weltöffentlichkeit gelangen und die Menschenrechte weltweit besser gesichert und gefördert werden. Allerdings sind mehr Verkehr und mehr Kommunikation nicht automatisch besser für die Menschen. Mehr Verkehr ist nicht nur wegen der verstärkten Umweltverschmutzung ein Problem, sondern auch, weil es nicht immer gut ist, wenn sich jedes Land und jedes Unternehmen jederzeit überall einmischen kann. Erst recht dann, wenn es dies nur zu seinem eigenen Nutzen tut. Wie bei Intel

Joris Sprengeler (17) ist Schüler in Hannover

Alle vier Sekunden ein Mord

Millionen Menschen sterben an Hunger – obwohl es eigentlich genug Nahrung gibt

Millionen Menschen sterben an Hunger – obwohl es eigentlich genug Nahrung gibt. Jedes Jahr sterben laut Bericht der FAO, der Food and Agricultural Organization (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen), etwa 8 Millionen Menschen an Hunger - das sind über 20.000 Menschen am Tag, 15 Menschen pro Minute: Alle 4 Sekunden stirbt ein Mensch den qualvollen Hungertod. Oftmals sind diese Menschen noch im Kindesalter.

Wer den Welthunger bekämpfen will muss den Entwicklungsländern ihre Schulden erlassen

Der Mangel an Vitaminen und Mineralstoffen trifft Kleinkinder und stillende Mütter in einem besonderen Maße: Jährlich überleben sechs Millionen Jungen und Mädchen ihre Kindheit nicht. Weil schon die Mutter an Unterernährung leidet, kommen die Kinder bereits mit schwerwiegenden Störungen ihres Stoffwechsels zur Welt. Sie sind deshalb sehr anfällig für Krankheiten wie Durchfall, Lungenentzündung, Malaria oder Masern. Würden sie nach ihrer Geburt eine bessere Ernährung erhalten, könnten sie von solchen Krankheiten problemlos geheilt werden.

Während das Problem in unserem westlichen Alltagsüberfluss oft untergeht und hier immer mehr Menschen unter den Folgen von Übergewicht leiden, verursacht der Hunger besonders in den Ländern des globalen Südens - in Afrika, Lateinamerika und Asien - jeden Tag ein unvorstellbares Leid. Diese Situation ist weder natürlich, noch „Gott gegeben“, sondern vom Menschen

gemacht! Es gibt heute keinen „objektiven Mangel an Gütern“ mehr auf der Welt. Im Gegenteil: Es herrscht Überfluss. Die Erde könnte schon heute bei gleich bleibender landwirtschaftlicher Produktion ohne Probleme doppelt so viele Menschen ernähren, wie auf der Erde leben. Das macht der letzte Bericht der FAO von 2005 deutlich. Jean Ziegler, der vor kurzem aus dem Amt geschiedene Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf

Nahrung, kommt angesichts dieser dramatischen Fakten zu dem Schluss: „Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet.“

Die Hunger- und Entwicklungshilfe der Industrienationen ist kaum mehr als medienwirksame

Augenwäscherei. Die Staatsverschuldungen der Entwicklungsländer führen dazu, dass die betreffenden Länder einen großen Teil ihrer Wirtschaftsleistung für Zinszahlungen an das Ausland aufbringen müssen. So zahlen die Länder der so genannten Dritten Welt jedes Jahr deutlich mehr Geld an die Industrienationen, als diese ihnen durch Hilfsprogramme zukommen lassen. Würden die PolitikerInnen des globalen Nordens tatsächlich den Welthunger bekämpfen wollen, würden sie den Entwicklungsländern ihre Schulden erlassen. Auf den Reichtum der Industrienationen würde sich dies kaum auswirken.

Drei Viertel der von „schwerer Unterernährung“ betroffenen Menschen leben auf dem Land. Oft in Ländern mit vielen natürlichen Rohstoffen und für die Landwirtschaft guten klimatischen Bedingungen. Diese Tatsache verstärkt das Paradoxon des Hungers unserer Zeit. Die Menschen, die in Brasilien

Es gibt heute keinen objektiven Mangel an Gütern mehr. Es herrscht Überfluss.

hungern, können auf ihren Feldern nicht die Lebensmittel anbauen, die sie benötigen, weil diese von großen, europäischen oder nordamerikanischen Konzernen gekauft wurden. Sie bauen auf den brasilianischen Feldern Soja an, das später als Trockenmittel für die Rinder, die für den Fleischkonsum der Industrienationen des Nordens gezüchtet werden, weiterverkauft wird. In der gegenwärtigen Form fördern Handel und Globalisierung den Hunger. Die Staaten des globalen Nordens geben jedes Jahr Milliarden Dollar aus, um den Export ihrer landwirtschaftlichen Produktion zu subventionieren (d.h. finanziell zu unterstützen). LandarbeiterInnen in Afrika, die jeden Tag unter brennender Hitze auf ihren Feldern arbeiten, haben keine Chance gegen diese Subventionen anzukommen. Heute ist auf einem afrikanischen Markt das subventionierte, europäische Gemüse viel billiger, als das von den Bauern und Bäuerinnen im Umkreis angebotene. Millionen LandarbeiterInnen in Afrika sehen deshalb keine Chance mehr sich zu ernähren und versuchen mit letzter Kraft nach Europa zu fliehen, um irgendeine Arbeit für ein bisschen Essen zu finden. Wenn wir nicht jetzt anfangen die Absurdität unserer bestehenden Weltordnung zu bekämpfen, wird sich an diesen grausamen Zuständen nichts ändern.

Christoph Müller (22) ist Student der Sozialwissenschaften und gerade für ein Erasmus-Jahr in Spanien.

Der Artikel erschien zuerst in der Utopia jugendzeitung.net

Quellen und Buchtipps:

Jean Ziegler – Wie kommt der Hunger in die Welt? - cbt Verlag

Jean Ziegler – Das Imperium der Schande – Pantheon Paperbacks

Susan George – WTO: Demokratie statt Drakula – vsa Verlag

FIAN - Wirtschaft global – Hunger egal? - vsa Verlag

Weblinks:

fao.org (Welternährungsorganisation FAO)

fian.de (NGO für das Recht auf Nahrung)

Klimawandel

und die Folgen für die Menschen des Südens

Es gibt sie noch, die offensichtlichen Umweltprobleme: Durch Nährstoffüberschuss umgekippte Seen und Flüsse, Sommersmog in der Hauptverkehrszeit, Verschmutzung der Meere, Waldsterben und Sauren Regen. Und das, obwohl die Umweltbewegung in den letzten Jahren viele Erfolge verbuchen konnte. Diese negativen Effekte eines ungezügelten Wirtschaftswachstums sind offensichtlich, weil mensch die direkten Folgen riechen, fühlen und vor allem auch sehen kann.

Mit der globalen Erwärmung und dem damit verbundenen Klimawandel ist nun ein Problem dazu gekommen. Die Folgen sind ebenfalls spürbar, jedoch ist der Zusammenhang zur klimatischen Veränderung nicht direkt ersichtlich. Nicht ohne Grund hat die UNO weltweit über tausend Wissenschaftler damit beauftragt, der Klimaveränderungen und den Folgen auf den Grund zu gehen. Das Ergebnis des 4. Sachstandberichtes des „International Panel on Climate Change (IPCC)“, dem Wissenschaftsgremium der Vereinten Nationen zum Klimawandel, im Jahr 2007 zeigt, dass die Folgen offensichtlich sind und der Grund eindeutig: Der Klimawandel ist menschengemacht und bedroht nicht nur Tier- und Pflanzenwelt sondern insbesondere die Menschen des Südens.

Folgen des Klimawandels für das Erdsystem

Seit Beginn der industriellen Revolution werden klimawirksame Gase an die Umwelt abgegeben, die den natürlichen Treibhauseffekt dramatisch verstärken. Nicht nur die Verbrennung von fossilen Energieträgern wie Kohle und Erdöl, sondern auch die Zerstörung von Wäldern und die landwirtschaftliche Nutzung dieser Flächen

haben diesen Prozess bewirkt.

Es lassen sich bereits heute sowohl ein Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur der Atmosphäre und des Meeres feststellen, als auch ein Abschmelzen von Schnee und Eismassen und in der Folge ein Anstieg des Meeresspiegels. So fanden beispielsweise elf der zwölf wärmsten Jahre seit Anbeginn der globalen Oberflächentemperaturmessung im Jahre 1850 im Zeitraum von 1995 bis 2006 statt.

Die globale Erderwärmung erhöht darüber hinaus die Häufigkeit und Intensität von so genannten Extremwetterereignissen und verändert global die Niederschlagsmuster. So werden Stürme stärker werden und häufiger auftreten. Weitere Folgen sind die Zunahme von Dürreperioden zum Einen und Überschwemmungen zum Anderen.

Soziale Folgen des Klimawandels: Hunger, Gesundheit, Verlust von Lebensraum

Die Frage der Anpassung an die veränderten klimatischen Bedingungen ist eine Frage der Finanzierung. Staaten, die es sich leisten können, bauen höhere Dämme, richten das Gesundheitswesen den neuen Anforderungen entsprechend aus und sorgen für einen mobilen Katastrophenschutz. Staaten, die diese Vorkehrungen nicht treffen können, sind den verstärkten Naturkräften schutzlos ausgeliefert.

Klimawandel und Hunger

Durch den globalen Temperaturanstieg verschieben sich die Klimazonen in Richtung der Pole. Die damit verbundene Wanderung der Tiere und Pflanzen kann die landwirtschaftliche Produktion beeinflussen. In gemä-

ßigten Breiten wird mittelfristig ein relativer Anstieg der Erträge erwartet. Bereits heute werden beispielsweise auf Gotland bei Schweden (!) Weinreben angebaut, die feuchtwarmes Klima benötigen.

In den warmen bis sehr warmen Regionen des Südens wird im Gegensatz dazu mit zunehmenden Ernteverlusten

Menschenrechte werden gegen Wohlstandsrechte ausgespielt

gerechnet; in einer Region, in welcher die Menschen existentiell und wirtschaftlich von der Landwirtschaft abhängen. Es wird erwartet, dass bei einer Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur von 3°C verglichen zu vorindustriellen Maßstäben zwischen 3,3 und 5,5 Milliarden Menschen von sehr großen Produktionsrückgängen betroffen sein werden. Gerade die Volkswirtschaften, die sich auf den Export von Nahrungs- und Genussmitteln spezialisiert haben, werden durch den Klimawandel vor eine kaum zu meisternde Herausforderung gestellt. Bereits bei einer Temperaturerhöhung von 2°C wird beispielsweise die Kaffeeanbaufläche Ugandas sehr stark verringert werden. Das Hauptexportprodukt des afrikanischen Landes. Neben der landwirtschaftlichen Produktion werden auch Verluste in der Fischereiwirtschaft die Ernährungssicherheit der Menschen des Südens gefährden. Mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung decken 20% ihres Proteinbedarfs durch Fisch. Der größte Raubbau an den Fischbeständen der Ozeane wird durch industrielle Großfischerei betrieben. Jedoch wird erwartet, dass auch die globale Erwärmung

die Artenzusammensetzung lokal verändern und in der Folge ein erhöhter Anpassungsdruck auf der Fischereiwirtschaft lasten wird. Der nicht nachhaltigen Überfischung der Meere kommt in Zeiten des Klimawandels eine weitere entscheidende Rolle zu. Wissenschaftliche Erkenntnisse deuten darauf hin, dass sich bereits überfischte Arten, also von Menschen stark dezimierte Bestände, schlechter an klimatische Veränderungen anpassen können als nachhaltig gefischte Arten.

Korallenriffe, die artenreichsten Ökosysteme der Meere, werden direkt unter den Einwirkungen der globalen Klimaerwärmung leiden und mit ihnen die Menschen. Allein 100 Millionen Menschen hängen wirtschaftlich durch Fischerei und Tourismus von intakten Korallenriffen ab. Da Korallen nah an ihrem Temperaturmaximum leben, können bereits relativ geringfügige Veränderung von Temperatur und Säuregehalt des Meers zur sogenannten Korallenbleiche führen. In den vergangenen Jahrzehnten sind bereits 40% der Riffe geschädigt worden – die Hälfte davon sogar zerstört.

Klimawandel macht krank

Die globale Erderwärmung begünstigt die Ausbreitung von Überträgern von Infektions- und Durchfallerkrankungen. Durch die Zunahme von Extremwetterereignissen werden - hervorgerufen durch Hitze, Dürre, Überschwemmungen, Stürme und Brände - Erkrankungen und Verletzung zunehmen. Gleichzeitig wird zwar auch ein Rückgang an kältebedingten Todesursachen erwartet, die globalen Negativentwicklungen überwiegen jedoch diese Positiventwicklung.

Landverlust durch den Klimawandel

Der Meeresspiegelanstieg ist bereits voll im Gange und nimmt den KüstenbewohnerInnen das Land. Auf der Welt leben 50% der Menschheit höchstens 50 km von der Küste entfernt. Damit wird die Hälfte der Menschheit vom klimawandelbedingten Meeresspiegelanstieg und den zunehmenden Wetterextremen direkt betroffen sein. Die nötigen Anpassungsmaßnahmen können nur von den finanzkräftigen Industriegesellschaften getätigt werden.

So wurden in der Hansestadt Hamburg, die über die Elbe mit der Nordsee verbunden ist, die rund einhundert Kilometer langen Deiche und Flutschutzmauern auf eine Höhe von bis zu neun Metern über Normalnull gebracht. Dazu kam ein ausgeklügeltes ergänzendes Schutzsystem für den extremen Ernstfall. Weitere Maßnahmen sind in Planung. Bisher hat das Anpassungsprogramm an die drohenden Gefahren den Hamburger Senat 600 Millionen Euro gekostet. Eine Summe, die von kleinen Inselstaaten oder an Küstenstreifen liegenden Entwicklungsländern nicht aufgebracht

werden kann, um ihre Siedlungen vor dem ansteigenden Meeresspiegel und den Flutbergen zu schützen.

Die pazifische Inselgruppe Tuvalu verschwindet im Gegensatz dazu bereits heute im Meer. Allein die Küstenlinie ist in den letzten zehn Jahren um drei Meter landeinwärts geschrumpft. Dazu versalzen durch den Anstieg des Meeresspiegels zunehmend die Trinkwasservorkommen. Die kleinen Inselstaaten, wie Tuvalu, sind demnach schon lange vor ihrem Verschwinden im Meer nicht mehr bewohnbar. Tuvalu wäre damit ein Vorgeschmack auf die drohenden klimabedingten Massenmigrationen, bei denen sich die Industrienationen nicht aus der Verantwortung ziehen dürfen.

Klimawandel – kein reines Ökothema!

Die sozialen Auswirkungen des Klimawandels sind somit offensichtlich und vor allem spürbar. Das Ausmaß verdeutlicht, dass es sich hierbei um keine reine Umweltkrise geschweige denn ein reines Naturschutzthema handelt. Das Leben, die Gesundheit und die Existenzgrundlagen vieler Menschen stehen auf dem Spiel. Dass bei diesem Spiel „Menschenrechte gegen Wohlstandsrechte“ (Sachs) ausgespielt werden, kann nicht deutlich genug angeprangert werden. „Klimawandel ist auch eine kulturelle Herausforderung.“, sagt Andreas Troge, Präsident des Umweltbundesamtes. Diese verlangt, dass die Industriegesellschaften ihre Art des Wirtschaftens und Konsumierens radikal verändern. Die Vereinten Nationen haben diesem Umbau der Gesellschaft ein Motto gegeben: „Kick the CO2 Habit!“ (dt: Brich die CO2-Gewohnheiten!). Das Verbrennen von fossilen Energieträgern zum kurzfristigen Erhalt des Wohlstandes weniger auf Kosten der Unversehrtheit und der Existenzgrundlagen vieler Menschen des Südens muss gestoppt werden, um die vermeidbaren Folgen einer globalen Klimaveränderung zu verhindern.

Damit sich die Menschen des Südens an die nicht mehr aufzuhaltenden Folgen anpassen können, müssen die Industriegesellschaften Verantwortung übernehmen und Anpassungsmaßnahmen mitfinanzieren. Dazu müssen Umweltprobleme zu einem rechtskräftigen Grund für die Asylsuche und die Einwanderung in andere Staaten gelten. Engagier dich für eine gerechtere Welt, engagier dich für ambitionierten Klimaschutz.

Martin Schmelzer absolviert derzeit ein Freiwilliges ökologisches Jahr im Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer auf der Insel Pellworm. Seit dem Wintersemester 2008 studiert er Physik. Wenn er nicht gerade bis zu den Knöcheln im Watt steht, liest er gerne Bücher und geht ins Theater.

¹ Germanwatch: Die Millennium-Entwicklungsziele und der Globale Klimawandel. 2007

² Germanwatch

³ Germanwatch

⁴ UNEP: In Dead Water – Merging of Climate Change with pollution, over-harvest and infestations in the world's fishing grounds

⁵ Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Sondergutachten Die Zukunft der Meere. 2006

⁶ Germanwatch

⁷ Le Monde Diplomatique: Atlas der Globalisierung – Schwerpunkt: Klima

⁸ Germanwatch

⁹ Sachs, Wolfgang und Santarius, Tilman: Menschenrecht auf Klimaschutz. In: Politische Ökologie 106-107: Klimawandel. Gerechtigkeit im Treibhaus. September 2007

Nouadhibou

*Netzleer liegen Fischerboote
brach am Strand, in tausend Mündern
kräuselt schal die Hungerwut.
Gefüttert nur mit nördlich hohlen Phrasen.
Am Ort vorteilhaft, schalldicht verpackt.
Doch sie gehen! Sie sind nicht Handlungstote!
In ein altes Fischerboot,
steigen Menschen, in den Bäuchen
gärt trüb das widere Verlassen.
Salzig schäumt sich Wasser an die Planken
und in den Händen knustig
ein trocken Stückchen Brot.
In ein altes Fischerboot,
steigen Menschen, in den Augen
brennt noch feiner Wüstensand.
Doch da vorn dort irgendwo im Vagen
liegt in der Hoffnung Leben klar skizziert:
Ein Exil - außerhalb der Not!
Mit einem alten Fischerboot,
kentern die Verdammten, ausgezäunt gesehen,
nicht erkannt, beschwafelt unbenannt,
hungernd gefürchtet, sterbend gehasst, gefangen
und verschoben, auf nieder Wasser, Luft!
Röchelnd, japsend – wässert sie der Tod.*

(Den Opfern unseres Wohlstands)

Ramona Menke

Nouadhibou ist eine Stadt im Süden Mauretaniens. Von der Bucht bei dieser Stadt aus starten viele afrikanische Flüchtlinge in kleinen, überfüllten Booten Richtung Kanarische Inseln. Ungezählte Menschen sterben auf ihrer Flucht.

10

Abschottung goes Europe!

Wer kennt sie nicht? Die Bilder von Flüchtlingen, die in mehr oder weniger seetauglichen Booten versuchen, über das Mittelmeer zu schippern; die gegen hochgezogene Grenzzäune anrennen; die zurück nach Afrika geschickt werden. Solche Bilder kommen oft aus Spanien oder Italien. Für viele weit weg. Aber dort wird auch Deutschland abgeschottet.

Auf der Flucht

Kein Mensch flieht freiwillig. Und doch sind tausende Menschen auf der Flucht und sie haben tausende verschiedene Gründe dafür: Politische Verfolgung, Angst vor Folter oder Mord, Hunger, Elend, Perspektivlosigkeit, Naturkatastrophen, Klimaveränderungen,...

Vor allem die miserable wirtschaftliche Lage ist für viele Menschen ein Motiv, ihre Heimat zu verlassen und ein besseres Leben in Europa zu suchen. An dieser Situation sind die europäischen Staaten nicht unbeteiligt. Dennoch weigern sie sich, Verantwortung zu übernehmen.

Das Thema Migration wird oft als „Sicherheitsproblem“ gesehen...

Wir EuropäerInnen müssten uns vor den AusländerInnen schützen, die nur an unser Geld wollten und sich auf unser Kosten ein schönes Leben machten. Oft werden Flüchtlinge auch noch als Kriminelle abgestempelt. Mit der Wirklichkeit hat das nicht viel zu tun: Natürlich kommen viele des Geldes wegen, aber das ist auch nicht verwunderlich, wenn sie in ihren Herkunftsstaaten täglich ums Überleben kämpfen müssen. Und zu Kriminellen werden sie meist nur, weil Europa sich abschottet und weil Flüchtlinge sich weigern, die festen Grenzen zwischen Arm und Reich zu akzeptieren. Die eigentlich Kriminellen sitzen in Brüssel oder Warschau.

Die Arbeit von Frontex

In Warschau ist die Hauptzentrale der 2005 gegründeten europäischen „Grenzschutzagentur“ Frontex. Der Name steht für *frontières extérieures*, das französische Wort für Außengrenzen. Um die europäischen Außengrenzen zu „schützen“, übernimmt Frontex hauptsächlich Koordinierungsaufgaben zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU). Zu den Aufgaben gehören aber auch die Entwicklung gemeinsamer Ausbildungsstandards für die europäischen GrenzschützerInnen, die Erarbeitung von „Risikoanalysen“ oder das Vorantreiben der für die Abschottung wichtigen Forschung.

Ist die Technik erforscht, wird sie von Frontex auch gleich eingesetzt: So gibt es seit vergangenem Jahr ein technisches Zentralregister, in dem unter anderem Flugzeuge, Hubschrauber, Schiffe und

Überwachungsgeräte wie Wärmebildkameras aufgelistet sind. Diese Geräte werden von einigen EU Staaten freiwillig bereitgestellt, andere können sie nutzen. Ähnlich sieht es bei den GrenzschutzbeamtInnen aus. Auch die werden von Mitgliedsstaaten entsandt und stehen dann unter der Kontrolle von Frontex. Sie werden anschließend in Ländern eingesetzt, die sich „einem massiven Zustrom von Drittstaatenangehörigen gegenübersehen, die illegal in das Hoheitsgebiet einzureisen versuchen.“ (Auszug aus dem Gesetzestext)

Auslandseinsätze zur Flüchtlingsabwehr

In der europäischen Verordnung zeigt sich schon, wie vage die Bestimmungen gehalten sind: Die Staaten müssen sich bloß einem Zustrom „gegenübersehen“, schon kommen Polizei- bzw. Gendarmerie-Einheiten aus anderen Ländern (aus Deutschland die Bundespolizei, ehemals Bundesgrenzschutz) und helfen mit, die Grenzen dicht zu

machen. Interessant ist dabei vor allem, dass diese Einheiten aus anderen Ländern im Einsatzland exekutiv tätig werden dürfen, das heißt, sie dürfen und müssen Gesetze ausführen. Wie sie die Gesetze sämtlicher EU-Staaten kennen sollen, bleibt wohl das Geheimnis der EU-InnenministerInnen, die die Verordnung ausgearbeitet haben.

Die Frontex-Einsätze bewegen sich ohnehin oft in rechtlichen Grauzonen. Wo können Flüchtlinge Asyl beantragen? Wo werden sie hingebracht? Bei der neuesten Frontex-Operation namens „Nautilus“ sollen die Flüchtlinge, die in der libyschen Seenotrettungszone aufgegriffen werden, nach Libyen zurückgeschickt werden. Überprüfungen von Asylanträgen werden wohl auf den Frontex-Schiffen nicht stattfinden

Menschenrechte bleiben außen vor

Dass der Flüchtlingsschutz bei Frontex kaum eine Rolle spielt, zeigt sich unter anderem an den Asylanträgen, die von Frontex aufgenommen wurden: Weniger als hundert der über 30.000 MigrantInnen, mit denen Frontex bislang in Kontakt gekommen ist, haben nach Angaben des Frontex-Chefs Ilkka Laitinen Asyl beantragt. Dabei ist das Recht auf Asyl im Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert. Nicola Wenzel vom Deutschen Institut für Menschenrechte kritisiert daher auch, dass bei Frontex verbindliche Menschenrechtsstandards fehlen.

Das zu ändern ist ziemlich schwierig: Frontex ist eine Agentur und damit weitestgehend unabhängig von demokratischer Kontrolle. Das europäische Parlament kann lediglich Berichte anfordern; nationale Parlamente erhalten gar keine Informationen. Abstimmen darf das Europa-Parlament über die Gelder, die die EU Frontex zur Verfügung stellt. Und die haben es in sich: Waren es im Gründungsjahr – also vor gerade mal drei Jahren – noch 6,2 Mio. Euro, hat sich dieser Betrag auf 72 Mio. Euro in diesem Jahr mehr als verzehnfacht! Hinzu kommen die Grenzschutzbeamten der einzelnen Länder, die dann ebenfalls Frontex zur Verfügung stehen.

Unzählige Opfer

Ob die Abschottungsmaßnahmen etwas bewirken, darüber gehen die Meinungen auseinander. Aufgehört haben die Versuche, die „Festung Europa“ zu erklimmen, jedenfalls nicht. Die Küstenpatrouillen von Frontex-Schiffen haben aber auf jeden Fall dazu geführt, dass Flüchtlinge längere und gefährlichere Strecken auf sich nehmen. In der Angst von Frontex zurückgeschickt zu werden, wird manchmal auch absichtlich ein Leck in das brüchige Boot geschlagen. Das sind dann die Menschenopfer, die in Europa kaum noch jemand zählt.

Felix Werdermann

- ist 20 Jahre alt und studiert an der FU Berlin Politikwissenschaft. Er schreibt für verschiedene linke Zeitschriften und ist auch sonst politisch aktiv.

<http://tobiaspflueger.twoday.net/stories/4591308/>

www.borderline-europe.de

PRO ASYL hat eine Kampagne gestartet:

www.stoppt-das-sterben.eu

Flüchtlinge werden zu Kriminellen, weil sie sich weigern, die festen Grenzen zwischen Arm und Reich zu akzeptieren

Die Geschichte der Globalisierung

Es raunt in jeder Schulklasse, jedem Sportverein und erst recht in jeder politischen Gruppe: Die Globalisierung, ja, ja... Aber irgendwie versteht dann doch jeder etwas anderes darunter, hat andere Gedanken dazu. Stellt sich also die Frage: Was ist denn nun Globalisierung? Antworten darauf gibt es viele, Geschichten noch viel mehr. Richtig sind die meisten. Ein paar Aspekte aber sind grundlegend, gerade wenn man von der ökonomischen, der „neoliberalen“ Globalisierung spricht.

Globalisierung an und für sich hat vor allem zwei Merkmale. Zum einen ist das die „Time-Space-Compression“, was soviel heißt wie „Entgrenzung und Verdichtung“. Ganz einfach ausgedrückt: Die Erde wird scheinbar immer kleiner. Immer schnellere Verkehrsmittel reduzieren die Reise- und Transportdauer und damit auch die Kosten. Vor Jahrhunderten waren Ozeane und Gebirge nur für ein paar Abenteuerer zu überqueren. Sie stellten natürliche Grenzen dar. Christoph Kolumbus brauchte 1492 mehrere Monate und ein Vermögen, nur um den Atlantik zu überqueren. Heute kommen wir binnen 72 Stunden und für rund 1000 € auf jeden Kontinent und wieder zurück. Geht's um reine Informationen wird's noch extremer. Vor 200 Jahren brauchte ein Brief nach Amerika oder Australien mehrere Monate. Mit dem Telegraph dauerte es dann nur noch Stunden von Sender zu Empfänger. Das war allerdings ziemlich teuer. Heute verschicken wir binnen Sekunden komplette Dokumente oder sogar Filme per Datenautobahn quasi umsonst.

Zweites Merkmal der Globalisierung an sich ist, das sich eben dank dieser Time-Space-Compression ganz verschiedene transnationale Netzwerke gebildet haben. Diese handeln und kommunizieren miteinander, und zwar über Nationalstaatsgrenzen

hinweg. Diese Netzwerke sind die eigentlichen Akteure der Globalisierung. Das können soziale oder politische Bewegungen wie attac oder „Friends of the Earth“ sein, Gewerkschaften, Internetcommunities, Blogger, Brieffreunde und natürlich auch Unternehmen. Alle diese Netzwerke kreieren eine neue, globale Gesellschaft.

Für die ökonomische Globalisierung, so wie wir sie kennen, gelten noch andere Merkmale. Quasi ihr Erfinder war Adam Smith, ein englischer Philosoph, der 1776 ein Buch über den „Wohlstand der Nationen“ herausgebracht hat. Dort beschrieb er, wie die Länder mehr Güter produzieren und so ihre Einwohner besser versorgen könnten. Seine Vorschläge: Arbeitsteilung durch Spezialisierung auf einzelne Tätigkeiten, Massenproduktion durch den Einsatz von Maschinen und die Ausweitung der Märkte, um die Arbeit besser aufteilen und die ganzen Güter auch loswerden zu können. Er hatte also die Idee einer Globalisierung durch die Ausweitung von Märkten durch die private Wirtschaft. Wichtig war ihm, dass sich der Staat aus allem raushielt und sich die Menschen und Unternehmen nur gegenseitig kontrollieren, durch den Wettbewerb.

Diese Lehren wurden einige Jahre von Ökonomen weiter entwickelt, bis andere damit angefangen haben, sie zu kritisieren. Die erste große Kritik kam 1846 vom deutschen Ökonomen Friedrich List. Er hatte bemerkt, dass die damals übermächtige britische Wirtschaft ihre Märkte tatsächlich immer weiter ausweitete und ihre Waren unter anderem auch in den verschiedenen deutschen Ländern verkaufte. Durch diese Form der Globalisierung hatten es die ersten deutschen Fabriken aber sehr schwer, da sie mit den erfahrenen englischen Fabriken noch nicht mithalten konnten. Also entwickelte List ein neues

Telegraphie 1830er/40er

1846: Marx/Engels „Manifest“

Aufhebung der britischen
Agrarzölle um 1840

1841: Friedrich List

1776 Eisenbahn und Dampfschiffahrt
Adam Smiths' ab ca. 1840
"Wohlstand der Nationen"

Die Auswanderung in die Verinigten Staaten ist auf ihrem Höhepunkt

Erstes Transatlantikkabel 1868 (GB-USA)

Eröffnung des Suezkanals im Jahr 1869

(Wieder)Aufnahme des Protektionismus
In Dtschl.: ab 1871 unter Bismarck

brit.-franz. Freihandelsabkommen
1860 inkl. „Meistbegünstigungsklausel“

1800 Wiener Kongress 1814/1815

1850 verstärkte Kolonisierung
Afrikas und Südamerikas

1900

Globalisierungsmodell. Die Märkte sollten sich nicht einfach ausweiten, sondern die einzelnen Staaten sollten zunächst erstmal dafür sorgen, dass sich ihr eigenes Land entwickelt und eigene Industrien aufbaut. Das sollte durch Zölle geschehen, die dafür sorgen, dass die Waren aus anderen Ländern nicht billiger für den Konsumenten sind als die Waren aus dem eigenen Land. Erst wenn alle Länder ungefähr gleich gut entwickelt sind, sollten sich die Regierungen dann zusammensetzen und die „Vereinigten Staaten der Welt“ aushandeln. Die Idee, mit Zöllen die einheimische Wirtschaft vor billigen Waren aus den bereits entwickelten Ländern zu schützen, ist jedoch bis heute sehr populär bei pragmatischen Kritikern der Globalisierung. Auch Joseph Stiglitz, der Nobelpreisträger für Ökonomie des Jahres 2001, vertritt sie. Allerdings hatte das „Nationale System“ von List einen rassistischen Haken. Wie in dieser Zeit üblich, ging List davon aus, dass die Länder des Südens nicht zu einer industriellen Entwicklung fähig seien. Sie sollten sich einfach darauf beschränken, die Länder des Nordens mit Rohstoffen und Lebensmitteln zu beliefern, die dann dadurch noch reicher werden könnten. Genau dafür sorgen heute zum Beispiel die WTO und der IWF, wenn sie die Entwicklungsländer dazu „überreden“ landwirtschaftliche Produkte für den Weltmarkt anzubauen und sie vertraglich dazu verpflichten ihre Märkte für Waren aus den Industriestaaten zu öffnen.

Eine radikalere Globalisierungskritik, auf die sich idealistische Globalisierungskritiker bis heute berufen, ist die von Karl Marx. Nur drei Jahre nach Lists „Nationalem System“ erschien das „Kommunistische Manifest“ in der Marx und sein Co-Autor Friedrich Engels die künftigen Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung bzw. des Kapitalismus in detail beschrieben und als erste auch die Theorie der transnationalen Netzwerke vorstellten. Allerdings beschrieben sie diese Netzwerke als soziale Klassen. Handelnder Akteur der kapitalistischen Globalisierung ist demnach die Klasse beziehungsweise das Netzwerk der „Bourgeoisie“, der Besitzer von Kapital wie Geld aber auch Fabriken, die sogenannten Produktionsmittel. Dieses Netzwerk handelt gemäß den Ideen von Adam Smith. Es versucht die Arbeit immer mehr aufzuteilen und immer mehr und immer teurere und ausgefeiltere Maschinen dafür einzusetzen, um immer mehr Waren zu produzieren. Gleichzeitig wollen diese Kapitalbesitzer ihren Arbeitern immer weniger Löhne bezahlen, um ihren eigenen Gewinn zu erhöhen. Damit das funktioniert, müssen sie die Märkte ausweiten, das heißt in immer mehr Ländern produzieren und verkaufen. Obwohl sie miteinander

vernetzt sind und gleiche Interessen haben, machen sie sich ja gleichzeitig untereinander Konkurrenz. Um in diesem Konkurrenzkampf zu gewinnen und nicht von anderen Unternehmen aufgekauft zu werden, wollen sie alle immer größer und reicher werden. Da einige aber natürlich trotzdem verlieren, werden die Gewinnerunternehmen immer riesiger und auch mächtiger, während die Arbeiter weniger verdienen, länger arbeiten müssen und immer schlechtere Arbeitsbedingungen haben. Gleichzeitig wird alles, was da war, bevor die großen Unternehmen gekommen sind, zerstört. Die traditionelle Art zu Wirtschaften, die alte Kultur und auch die Umwelt. Tatsächlich passiert all dies heutzutage, obwohl der Text von Marx bereits über 150 Jahre alt ist. Nicht umsonst hat ein Autor des alles andere als sozialistischen Wirtschaftsmagazins „Capital“ sich vor nicht allzu langer Zeit vor der Weitsicht von Marx und Engels verneigt. Damit diese Auswirkungen gestoppt werden können, so Marx und Engels, sollte die kapitalistische Globalisierung abgeschafft und die Wirtschaft lieber demokratisch geplant werden. Man schaut, was die Leute wirklich brauchen und produziert genau das und nicht viel mehr. Erreichen soll das ein weiteres Netzwerk, das der von den Kapitalbesitzern ausgebeuteten Arbeiter. Wenn sie es geschafft haben, kann wieder unter menschlicheren Bedingungen produziert werden, es gibt weniger Stress, die Umwelt wird nicht mehr zerstört und alle Menschen auf der Welt können friedlich und frei miteinander leben.

Natürlich gibt es viele Graustufen zwischen marktradikalen Smith-Anhängern, Befürwortern eines von den Nationalstaat gesteuerten Kapitalismus à la Friedrich List und Marxisten, die so schnell wie möglich den Sozialismus einführen wollen. Aber letztlich diese drei Wirtschaftstheorien die Basis des ganzen Streits um die neoliberale oder auch kapitalistische Globalisierung.

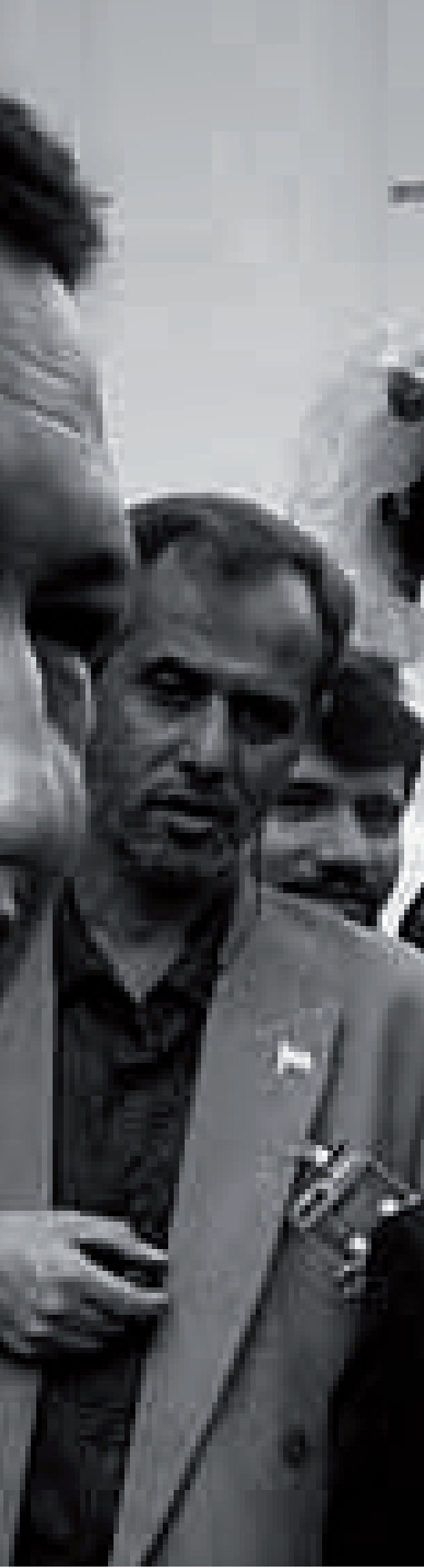
Boris Loheide

<p>Gatts - Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen 1947 Grünung der Weltbank und des IWF 1944</p> <p>ab 1920: erste Passagierflugzeuge</p> <p>1920 erste kommerzielle Radiostation</p> <p>1919: Weltwirtschaftskrise 1929</p> <p>Ilo: Internationale Arbeitsorganisation</p>	<p>Ab 1989: WWW (world wide web)</p> <p>1992: Gründung der WTO 1994 erstes GSM-fähige Mobiltelefon</p> <p>1944 bis 1973: Bretton-Woods-System</p> <p>1998 Gründung der G8 (von 1976 bis 1998 G7)</p>
--	--

00 1914 bis 1918 : Erster Weltkrieg 1939 bis 1949: Zweiter Weltkrieg **1950** 1945 bis 1990: Kalter Krieg, Krieg der Systeme "Kommunismus gegen Kapitalismus" **2000**

*Graphik:
Milan von der Gracht*





Venezuela

Unfaire Unterdrückung oder gerechte Gesellschaft?

Zwei Autoren haben recherchiert. Mit Ergebnissen, wie sie unterschiedlicher kaum sein könnten. Christoph Müller, der im Sommer 2007 drei Wochen durch Venezuela reiste, beleuchtet Schattenseiten des Staates. Er untersucht vorrangig die soziale (Un-)Gerechtigkeit im Innern und die Außenpolitik von Hugo Chavez, dem venezolanischen Staatspräsidenten. Florian Höllen hingegen, der als Delegierter des „die.linke.sds“ („Sozialistisch-demokratischer Studierendenverband“) im Februar und März 2008 vier Wochen lang ebenfalls die „Bolivarische Republik Venezuela“ bereiste, sieht in diesem Land, wie er schreibt, den „Schritt zu einer anderen Welt“. move! möchte euch keinen dieser Artikel vor-enthalten und jeder/ jedem die Möglichkeit geben, sich selbst eine eigene Meinung bilden zu können.

“POR AHORA

POR LA SEGURIDAD SOCIAL
POR LA ERRADICACIÓN DEL
POR LA AGRICULTURA Y LA SOB
VOTA SI SI VOTA

**TODOS
UNIDOS**

POR LA SEGURIDAD SOCIAL
POR LA ERRADICACIÓN DEL
POR LA AGRICULTURA Y LA SOB
VOTA SI SI VOTA

16



Zu Besuch in einer anderen Welt

Venezuelas Weg zu einer gerechteren Gesellschaft

Schon bald nachdem ich das Flugzeug verlassen hatte, wurde mir klar, dass ich nicht nur auf einem anderen Kontinent, sondern in einer ganz anderen Welt war: Politik war überall, Politik war Alltag. Ich war in Südamerika, in der „Bolivarischen Republik Venezuela“. An jeder Hauswand standen Parolen für eine sozialistische Verfassungsreform und bunte Werbeplakate hatten die Revolution zum Thema,

In Venezuela wird die Eigentumsfrage als Demokratief Frage gestellt: Was alle brauchen, soll allen gehören

genauer die „bolivarische Revolution“. Namensgeber ist Simon Bolivar, der in den 1810er / 1820er Jahren die Befreiung Südamerikas von der spanischen Besatzung anführte. Heute geht es um die Befreiung von der Ausbeutung des Südens durch den Norden, insbesondere den USA. Was damals das Gold war, ist heute im Falle Venezuelas das Öl: Venezuela ist der siebtgrößte Erdöllieferant der Welt.

Von diesem Reichtum haben die meisten VenezolanerInnen lange nichts abbekommen. 1989 kam es nach einer Verdoppelung der Benzinpreise zu einer Explosion der Busfahrpreise. Darauf reagierte die Bevölkerung in der Hauptstadt Caracas mit einem Aufstand, dem so genannten „Caracazo“. Er wurde von der Armee blutig niedergeschlagen (ca. 3.000 Tote), doch diese Niederlage war der Beginn einer erfolgreichen sozialen Bewegung. Sie brachte bei

den Präsidentschaftswahlen 1998 den Linken Hugo Chavez an die Macht und startete so eine soziale Reformpolitik. Die Einnahmen aus dem Erdöl wurden nun in den Aufbau eines Gesundheitssystems, Bildung für alle und den Ausbau sozialer Leistungen gesteckt. Die ehemaligen Machthaber versuchte diese Umverteilung mit allen Mitteln von Lügenkampagnen der Medien bis zum Militärputsch 2002 (von den USA unterstützt) zu verhindern. Die boliviarische Bewegung wurde dadurch jedoch nur stärker und radikaler. Nun geht es nicht mehr nur um soziale Reformen,

sondern ein ganz anderes Gesellschaftssystem. Neben dem Öl werden auch andere Wirtschaftsbereiche (z.B. Zementindustrie oder Aluminiumfabriken) unter demokratische Kontrolle der Gesellschaft bei Mitbestimmung der ArbeiterInnen gebracht. In Venezuela wird die Eigentumsfrage als Demokratief Frage gestellt: „Was alle brauchen, soll allen gehören.“ Es geht um ein ganz anderes Gesellschaftssystem, einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“, der soziale und demokratische Rechte gleichermaßen umsetze. Diese Radikalisierung hat viele FeindInnen, auch aus den eigenen Reihen: Korrupte MinisterInnen, GouverneurInnen und BürgermeisterInnen, die lieber ihre eigene Macht behalten als „Alle Macht den Räten“ („Todo el poder para las soviets“), z.B. den basisdemokratischen Kommunalräten zu geben. Solche BürokratInnen, die mit sozialistischen

Parolen für sich werben, aber rein egoistisch handeln, scheinen mir die größte Gefahr für den Aufbau eines alternativen Gesellschafts-systems zu sein.

Aus einer globalen Sichtweise stellt sich die Frage: Kann die boliviarische Revolution und das Ziel des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ in Venezuela ein Vorbild für andere Länder sein? Wird hier die von Teilen der globalisierungskritischen Bewegung erträumte andere Welt ein Stück weit Wirklichkeit? Zum einen ist die Situation in jedem Land der Welt verschieden (Wirtschaftsstruktur, Reichtum, Stärke der sozialen Bewegung...), so dass sich die boliviarische Revolution nicht eins zu eins auf andere Länder übertragen lässt. Dennoch verändert sie die Welt über Venezuela hinaus: Nachdem Venezuela gezeigt hatte, dass eine Alternative zum Neoliberalismus möglich ist, konnten sich auch in anderen südamerikanischen Ländern wie Brasilien, Argentinien, Bolivien, Ecuador oder Nicaragua mehr oder minder linke Regierungen durchsetzen. Auf Initiative Venezuelas wurde 2005 die südamerikanische partnerschaftliche Wirtschaftsgemeinschaft ALBA (Bolivarianische Alternative für Amerika) als Gegenmodell zur von den USA angeführten FTAA / ALCA (Gesamtamerikanische Freihandelszone) gegründet. ALBA gehören mittlerweile auch Kuba, Bolivien und Nicaragua an. Nicht die größtmögliche Ausbeutung des Südens durch den Norden mit Hilfe von Knebelverträgen, sondern eine gemeinsame wirtschaftliche und soziale Entwicklung ist das Ziel - oder kurzgefasst: gleichberechtigte Partnerschaft statt Konkurrenz. Für mich ist das ein praktischer Schritt zu einer „anderen Welt“ oder einem „Sozialismus im 21. Jahrhundert“. Während in Deutschland oft erfolglos gegen Privatisierung gekämpft wird (z.B. Deutsche Bahn), wird die Wirtschaft in Venezuela schrittweise demokratisiert und sozialisiert. Wenn dieses Projekt auch noch regional beschränkt ist, ist es auch für die weltweite Bewegung gegen den globalen Kapitalismus mehr als ein Symbol. Es beweist trotz aller Hindernisse und Probleme: Eine andere, sozialere und friedlichere Welt ist möglich!

Florian Höllen ist 22, Bundessprecher der linksjugend [solid].

Basisdemokratie

Basisdemokratie ist eine Form der direkten Demokratie, bei der politische Entscheidungen direkt von allen Betroffenen, z.B. von allen BürgerInnen eines Landes, getroffen werden. Eine gewählte Regierung ist im Gegensatz zur repräsentativen Demokratie, wie sie u.a. in Deutschland besteht, nicht notwendig.

Neoliberalismus

Der Neoliberalismus ist eine Denkrichtung, die eine Wirtschaftsordnung anstrebt, in der die Gewährleistung privaten Eigentums an den Produktionsmitteln, die freie Preisbildung und Wettbewerbs- und Gewerbe-freiheit im Mittelpunkt stehen. Anders als der Liberalismus des 19. Jahrhunderts lehnt sie staatliche Eingriffe in die Wirtschaft nicht ganz ab, sondern will sie auf ein Minimum beschränken. Die meisten Wirtschaftsordnungen der westlichen Industrienationen basieren heute auf den grundlegenden Prinzipien des Neoliberalismus.

Freihandel

Als Freihandel bezeichnet man einen internationalen Handel, der nicht durch Handelshemmnisse wie z.B. Zölle eingeschränkt ist. Die Idee des Freihandels basiert darauf, dass durch internationale Tauschprozesse der Wohlstand und die Lebensqualität der nationalen Volkswirtschaften dauerhaft erhöht wird. In der Praxis gilt dies allerdings vor allem für die reichen Industriestaaten, während viel Entwicklungsländer unter den fehlenden Schutzmöglichkeiten ihrer Märkte leiden.





Die Bolivarianische Revolution Venezuelas

Drei parallele Welten bestimmen das politische Geschehen in Venezuela. Die basisdemokratische Bewegung in den Barrios, die Regierung rund um Präsident Chavez und die Opposition in den Vierteln der Oberschicht.

Ein überwältigender Anblick, kaum bin ich in Venezuelas Hauptstadt Caracas angekommen und habe den Hitzeschock verdaut: Hohe Berge voller kleiner bunter Hütten. Dicht an dicht stehen tausende solcher Bauten. Unglaublich, wie viele an einem Berghang Platz gefunden haben und an welch steilen Abhängen sie stehen. Wie viele Menschen in Caracas leben würden, frage ich den Taxifahrer. Das, antwortet er, wisse niemand so genau. Offizielle würden sich nicht in diese Wellblechhüttendörfer, „Barrios“ genannt, trauen, und so habe niemand einen genauen Überblick, wie viele Menschen tatsächlich in der Stadt lebten. Drogenbanden, Kriminalität, und eine bedrückende Perspektivlosigkeit herrschten dort.

Das also sind die Lebensumstände, der Menschen, von denen das ausging, was heute als „bolivarianische Revolution“ in der Welt bekannt ist. In den 1970er Jahren beginnen die Barrio-BewohnerInnen sich basisdemokratisch zu organisieren, Stadteilversammlungen abzuhalten und ihr Recht auf Wasser- und Stromversorgung einzufordern. Sie machen so auf ihre miserable Situation aufmerksam, fordern, dass

*Vielen fällt es schwer,
Hugo Chavez einzuordnen*

ihre Wohnflächen legalisiert werden, Schulen gebaut werden und für alle eine ausreichende Gesundheitsversorgung zur Verfügung gestellt wird. Alternative Medien- und Pädagogikgruppen, linksradikale Splittergruppen und Menschenrechtskomitees schließen sich ihnen an und bilden gemeinsam eine Opposition von unten. Sie berufen sich auf Simon Bolivar, den überall im Land gefeierten Helden, der einst den Traum von einem vereinten sozialen Südamerika lebte.

Aló Presidente Chavez

Doch die Forderungen bleiben weitestgehend ungehört, bis Ende 1998 Hugo Chavez völlig überraschend die Präsidentschaftswahlen mit 57,5 Prozent der Stimmen gewinnt. Er macht sich die „bolivarianische Revolution“ zu eigen, benennt das Land in „Bolivarische Republik Venezuela“ um. Überall in Venezuela hängen heute riesige Plakate von Chavez und dem Ausspruch: „Patria, Socialismo o Muerte“. Vaterland, Sozialismus oder Tod. In seiner Fernsehsendung „Aló Presidente“ spricht Chavez regelmäßig sechs bis acht Stunden am Stück zu Venezuelas BürgerInnen, singt zwischendurch sozialistische Kinderlieder, telefoniert mit Fidel Castro oder erzählt einfach eine Anekdote aus seinem Leben. Kein Wunder also, dass von der bolivarianischen Revolution nur noch Chavez wahrgenommen wird. Das verstärkt auch das Bild, das viele Oppositionelle zeichnen: Venezuela sei auf dem Weg ein zweites Kuba zu werden, Chavez der neue Castro. Dabei hatte Hugo Chavez kurz nach Beginn seiner ersten Amtszeit viele basisdemokratische Elemente in die Verfassung eingeführt. Unter anderem eine Regelung, die der Bevölkerung Venezuelas die Möglichkeit gibt, jede(n) gewählte(n) MandatsträgerIn auf allen Ebenen nach

der Hälfte der Amtszeit abwählen zu können. Chavez selber stellte sich schon einem solchen Referendum: 2004 versuchte die Opposition diese Regelung zum Sturz des Präsidenten zu nutzen, scheiterte jedoch deutlich. Chavez wurde in seinem Amt bestätigt. Internationale WahlbeobachterInnen sprachen von einer „sauberen Wahl“. Auffällig ist die Wahl seiner außenpolitischen Verbündeten. Seinen Hauptfeind sieht Chavez im „US-Imperialismus“ und verbündet sich deshalb international mit allen USA-KritikerInnen vom kubanischen Präsidenten Raul Castro bis zum antisemitischen Holocaust-Leugner und iranischen Staatspräsidenten Ahmadinedschad. Dass sich Chavez dabei immer öfter den antizionistischen und teilweise antisemitischen Positionen seiner FreundInnen anschließt, macht nicht nur der jüdischen Gemeinde in Caracas Sorgen. So fällt es vielen schwer, Hugo Chavez einzuordnen. Während bürgerliche deutsche Medien eher das Bild des Diktators zeichnen, erklären linke emanzipatorische Gruppen, wie die globalisierungskritische NGO „attac“, Venezuela zum positiven Beispiel für die Demokratie. Auch Chavez' Vorschlag im Dezember 2007, 69 der 350 Artikel der venezolanischen Verfassung zu ändern, fällt schwer zu beurteilen. Auf der einen Seite beinhaltet der Vorschlag das Wahlalter von 18 auf 16 herabzusetzen, die weitere Stärkung der Rechte der Frauen, das Verbot der sexuellen Diskriminierung und die Stärkung basisdemokratischer Strukturen. Auf der anderen Seite hätten einige Artikeländerungen die Macht des Präsidenten ausgebaut, ihm die Möglichkeit gegeben das Militär im Inneren einzusetzen und in Ausnahmesituationen Notstandsgesetze auszurufen. Die VenezolanerInnen entschieden sich in einem Referendum am 2. Dezember ganz knapp gegen diese Verfassungsänderungen. Dass sie überhaupt die Möglichkeit hatten, darüber abzustimmen und eine freie Entscheidung zu fällen und die Reaktion Chavez, der erklärte, er habe die Stimme des Volkes gehört und werde sich danach richten, spricht auf jeden Fall dafür, dass Venezuela weiter eine stabile Demokratie ist.

Reiche Opposition

Wochen zuvor gerate ich in Altamira, einem bürgerlichen Stadtteil Caracas, in eine Demonstration gegen die Schließung des Fernsehsenders RCTV. DemonstrantInnen fordern die vorbeifahrenden Autos auf, aus Anteilnahme am Protest zu Hupen. Auf Fahnen, T-Shirts und auf Gesichtern tragen sie das Logo des Fernsehsenders. Hugo Chavez hatte diesem Sender im Mai 2007 die Verlängerung der Sendeerlaubnis auf der öffentlich-rechtlichen Sendefrequenz verwehrt. Seitdem gibt es viele Proteste in den Vierteln der Mittel- und Oberschichten.



Antisemitismus

Antisemitismus (auch Judenfeindlichkeit, Judenhass, Judenfeindschaft, gegebenenfalls Judenverfolgung) ist die pauschale Ablehnung der Juden und des Judentums. Dieses Phänomen ist seit etwa 2500 Jahren bekannt und hat besonders die Geschichte Europas über weite Strecken begleitet. Feindschaft gegen Juden reichte von Verleumdung, Diskriminierung und Unterdrückung über lokale und regionale Ausgrenzung, Verfolgung und Vertreibung bis hin zu dem Versuch der Ausrottung. Dieser fand in der systematischen, staatlichen Ermordung von gut zwei Dritteln aller europäischen Juden – dem Holocaust (1941–1945) – seinen bisherigen Höhepunkt.

Aus „Wikipedia“

Der Sender eines US-Amerikaners unterstützte aktiv den Putschversuch auf Chavez im Jahre 2002 und bemüht sich ansonsten genau so wenig wie die staatlichen Sender um objektive Berichterstattung. Der einzige Unterschied ist nur eben, dass er einseitig aus der Sicht der Oppositionellen berichtet. Dass die Demonstration in Altamira stattfindet, ist kein Zufall, Chavez GegnerInnenenschaft besteht vor allem aus der besser gestellten Mittel- und Oberschicht Venezuelas. Hier gehen die Kinder auf Privatschulen und tragen Schuluniformen. Ihr Treffpunkt nach der Schule: das „Centro Sambil“. Die größte Shoppingmall Lateinamerikas.

Von der Dachterrasse der Mall hat man einen atemberaubenden Überblick über Caracas.

Hier wird einem noch einmal bewusst, wie weit die Lebensumstände der VenezolanerInnen auseinander klaffen. Wenn es dunkel wird erinnert nur noch ein Meer von tausend Lichtern an die Barrios. Der Anblick dieser Dörfer ist eine permanente Mahnung daran, wie groß die Kluft zwischen Arm und Reich in Venezuela ist.

Christoph M (22) studiert Sozialwissenschaften in Hannover und reiste im Sommer drei Wochen lang durch Venezuela.

Bildung als Ware

Der Bologna-Prozess und das GATS

Meine erste Begegnung mit den neuen Bachelor- und Master-Studiengängen war in einem Gespräch mit einem Kommilitonen über dieses Thema. Ich, Magisterstudent der Politikwissenschaften und noch nicht in diesen, damals immer stärker thematisierten Begriff Bologna-Prozess involviert, fragte, was denn nun der Unterschied zu meinem Magisterstudiengang wäre. Als Antwort erhielt ich ein Paket aus mitleidigem Blick eines Lehramtsstudenten, der von sich behaupten konnte, er wisse wenigstens wo er nach dem Studium lande.

Plus eine ernüchternde Antwort: Ein Kernpunkt sei, dass die Studiengänge gezielter auf die Bedürfnisse von Wirtschaft und Gesellschaft abgestimmt werden sollen. Es sollten jene Studiengänge gefördert werden, die „relevant“ seien.

Nach einer kleinen Pause bemerkte er süffisant, also genau das Gegenteil von jenem, das ich studiere...

Nach diesem ersten Abriss fasste ich den Entschluss, dieses fremde Wesen Bologna-Prozess besser kennen zu lernen und möchte nun in dem folgenden Text den Lesern den Bologna-Prozess und GATS näher bringen.

Bildung kann inzwischen als ein globaler Dienstleistungsmarkt angesehen werden.

Der grenzüberschreitende Handel mit Hochschulbildung hat sich im Zuge der weltweiten Privatisierungswelle seit Beginn der 1990er Jahre zu einem Wirtschafts- bzw. Exportsegment mit hohen Wachstumsraten entwickelt. Die OECD schätzt, dass der grenzüberschreitende Handel mit Bildung bereits im Jahr 1998 ein Volumen von mehr als 30 Mrd. US\$ und 2005 ca. 2 Billionen US\$ erreicht hatte.

Dass der Bildungsbereich ein derartiges Potenzial in sich trägt, hat mehrere Gründe. Neben einer steigenden studentischen Nachfrage nach internationaler Hochschulbildung beeinflussen zahlreiche Faktoren den Ausbau grenzüberschreitenden Handels mit Hochschulbildung. Zu nennen wären die finanziellen Engpässe der Hochschulen, die dazu zwingen, neue Einkommensquellen zu erschließen, die Entwicklung der Kommunikations-, Informations- und Transporttechnologien und der Mangel an wissenschaftlichem Nachwuchs in „wirtschaftlich relevanten“ Fachrichtungen. Darüber hinaus darf nicht der steigende Bedarf der Wirtschaft an Akademikern mit internationalen Erfahrungen und Kompetenzen vergessen werden. Immer mehr Anbieter möchten an diesen „Zukunftsmarkt“ teilhaben, sei es direkt gewinnbringend oder indirekt und langfristig durch das Erlangen eines besseren Rufs oder durch die Rekrutierung wissenschaftlichen Nachwuchses. Der Wettbewerb auf dem globalen Bildungsmarkt um Marktanteile beim Verkauf von Studienprogrammen sowie dem hoch qualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs nimmt stetig zu.

So kann Bildung inzwischen als ein globaler Dienstleistungsmarkt angesehen werden.

Im Wesentlichen skizzieren zwei Punkte diesen Wechsel der Bildung vom freien, öffentlichen Gut hin zu einer Dienstleistung. Zum einen geht es um das General Agreement on

Trades in Services (GATS). Das GATS schafft weltweit die Voraussetzungen für einen globalen Handel mit Bildung. Im Kontext dieses Abkommens ist der Bildungsbereich ausdrücklich als Dienstleistungsmarkt klassifiziert.

Da Dienstleistungen gleichzeitig konsumiert und produziert werden, also nicht einfach hin- und her verschifft werden können, erzeugt das GATS auch den Druck, die verschiedenen Produktionsbedingungen und Formen von Dienstleistungen zu vereinheitlichen, um so besser Vergleichsmöglichkeiten zu schaffen.

Dies geschieht unter dem Gesichtspunkt des Abbaus nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Viele nationale Gesetze und Verordnungen, unter anderem auch Hochschulrahmengesetze und Studienordnungen, müssen dem angepasst werden.

Die einmal im Rahmen des GATS eingegangenen Verpflichtungen zur Privatisierung können theoretisch zurückgenommen werden. Allerdings müssen dann, neben den Schadensersatzansprüchen, die Unternehmen in einem Dienstleistungsbereich geltend machen können, Verpflichtungen in einem der anderen elf Dienstleistungsbereiche eingegangen werden.

Der zweite Punkt ist der so genannte Bologna-Prozess. Dieser ist eine Initiative der europäischen BildungsministerInnen einen einheitlichen europäischen Hochschulraum zu schaffen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass mit der Einführung europaweit gleicher oder vergleichbar gestaffelter Studiengänge für den Hochschulbereich eine dieser zentralen Bedingungen für den erfolgreichen Aufbau eines Dienstleistungsmarktes geschaffen werden kann. Bereits das ECTS-System quantifiziert das schwer fassbare Bildungsgut und ändert es in eine Summe von so genannten Credit-Points ab und macht es somit zu einem handelbaren Gut.

Die Modularisierung und die gestaffelten Studiengänge tragen dazu bei, dass Bildung in vergleichbaren Einheiten sowohl konsumiert wie auch gehandelt werden kann.

So nimmt die Hochschulbildung alle wesentlichen Kriterien einer Ware an.

Die in der Bologna-Erklärung verkündete Achtung vor nationalen Besonderheiten und der Autonomie der Universitäten können unter solchen Rahmenbedingungen schwer durchgehalten werden. Sowohl der deutsche Kulturföderalismus als auch die Universitäten in ihrer Autonomie werden ausgehebelt, da die angestrebten Maßnahmen von oben nach unten flächendeckend durchexerziert werden.

Zwar ist durch Ausnahmeklauseln in den Europäischen GATS-Verpflichtungen die volle Entfaltung eines Marktes für Hochschulbildung noch nicht möglich, da ohne die staatlichen Gelder keine private Hochschule kostendeckend arbeiten kann. Öffentliche Zuschüsse für die bisher gegründeten deutschen Privatuniversitäten zeigen dies, obgleich solche Klauseln keine dauerhafte Sicherheit darstellen.

Es ist auch zu hinterfragen, ob die sich momentan abzeichnende Verlängerung

der Ausnahmen aufgrund des Respekts vor Bildung als öffentlichem Gut passiert, oder vielmehr aufgrund der Tatsache, dass Europa im Gegensatz zu den USA, Australien und Neuseeland infolge des noch nicht verwirklichten europäischen Hochschulraumes keine guten Exportchancen auf einem internationalen Bildungsmarkt hätte und so in gewisser Hinsicht auf Zeit spielt.

Der Bologna-Prozess kann auf europäischer Ebene die Voraussetzungen für einen Bildungsmarkt gemäß den Vorgaben des GATS bewirken. Beide Prozesse greifen ineinander und schaffen die Bedingungen für eine marktförmige Steuerung von Hochschulbildung.

Angesichts der hierzulande immer wieder intensiv geführten Debatten um Studiengebühren und Studienkonten ist abzusehen, dass diese Ökonomisierung der Bildung nicht nur für ausländische

„Kunden“ gelten wird. Auch deutsche Studierende werden dann, mit gewissen sozialen Abfederungen wie etwa Bildungsguthaben oder Stipendien für „Hochbegabte“, ihren Universitäten als zahlende Kunden gegenüberreten. Denn ohne die Prinzipien des Gegenwertes (Studiengebühren) und der Verknappung wäre der Warencharakter der Hochschulbildung nicht vollständig; die marktförmige Regulierung des Zugangs zur Hochschule würde nicht funktionieren. Angesichts der allgegenwärtigen Diskurse über leere öffentliche Kassen und „Sachzwängen“ des Sparens ist zu befürchten, dass die Befürworter des Bildungsmarktes mehr und mehr an Boden gewinnen und Bildung seinen Charakter als ein öffentliches Gut, auf das jeder Mensch ein gleiches Recht hat, verliert.

Benjamin Lapp M.A., Jahrgang 1979 ist Politikwissenschaftler. Begann seine Schulbildung auf einer Hauptschule und setzt sich seitdem mit der Frage von Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb des Schulsystems auseinander.

Organisation for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

General Agreement on Trades in Service – Allgemeines Dienstleistungsabkommen.

siehe: www.bologna-berlin2003.de/en/main_documents/

Aus dem Katalog von Dienstleistungen ausgenommen sind lediglich hoheitliche (staatliche) Aufgaben, zu denen im Bereich der Hochschulbildung etwa die Verleihung akademischer und staatlicher Abschlüsse zählen. Mehr zu diesen „Ausnahmen“ siehe GEW 2002: Freier Handel oder freier Zugang

Siehe dazu: GEW 2002: Freier Handel oder freier Zugang

Obgleich das hessische Parlament mit der am 17. Juni 2008 beschlossenen Abschaffung der Studiengebühren zum Wintersemester 2008/09 einen erfreulichen Schritt getätigt hat, sind durch das Urteil des hessischen Staatsgerichtshofs vom 11.06.2008 die Studiengebühren verfassungskonform.

GATS

Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (engl. General Agreement on Trade in Services; GATS) ist ein internationales, multilaterales Vertragswerk der Welthandelsorganisation (WTO), das den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen regelt und dessen fortschreitende Liberalisierung zum Ziel hat.

Aus „Wikipedia“

ECTS und Credit points

Das European Credit Transfer and Accumulation System (ECTS) soll sicherstellen, dass die Leistungen von Studenten an Hochschulen des Europäischen Hochschulraumes vergleichbar und bei einem Wechsel von einer Hochschule zur anderen, auch grenzüberschreitend, anrechenbar sind. Dies ist möglich durch den Erwerb von Leistungspunkten (engl. credit points). Der Begriff der Credit points ließe sich mit „Leistungspunkte“ übersetzen, wobei ein Point in Deutschland einem Workload, also einer Arbeitszeit, von 30 Stunden entspricht.

Bologna-Prozess

Der Begriff Bologna-Prozess bezeichnet ein politisches Vorhaben zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulwesens bis zum Jahr 2010. Er beruht auf einer im Jahre 1999 von 29 europäischen Bildungsministern im italienischen Bologna unterzeichneten Erklärung.

Kulturföderalismus

Föderalismus bezeichnet grundsätzlich ein Organisationsprinzip, bei dem einzelne Glieder über eine gewisse Eigenständigkeit verfügen, aber zu einer übergreifenden Gesamtheit zusammengeschlossen sind. Im politischen Bereich sind damit speziell die Bundesländer gemeint, die den Gesamtstaat bilden. Von Kulturföderalismus ist die Rede, da in Deutschland die Bundesländer über alle Angelegenheiten selbst entscheiden, die die Kulturpolitik ihres Landes betreffen.

Dienstleistungsmarkt

Eine Dienstleistung ist ein wirtschaftliches Gut, bei dem im Unterschied zur Ware (Sachgütern) nicht die materielle Produktion eines Endproduktes im Vordergrund steht, sondern eine von einer Person erbrachte Leistung zur Befriedigung eines Bedürfnisses. Dienstleistungen sind also z.B. Schuhe putzen, Haare schneiden oder die Pflege von Senioren. Da wo Angebot und Nachfrage zusammentreffen besteht ein Markt. Der Dienstleistungsmarkt bezeichnet demnach die Wechselwirkungen aller angebotenen und nachgefragten Dienstleistungen.

Aus „Wikipedia“

22

Privatisierung – ein Kommentar

Privatisierung (von lat. *privare*, „absondern, rauben“) – dieses Wort beschreibt die Übergabe von Eigentum aus der öffentlichen Hand in die Hände Privater. Also ein Verkauf von einem staatlichen Gut an eine Person oder einen Konzern.

Als Beispiel für ein öffentliches Gut könnte man die Bildung, also unter anderem Schulen und Hochschulen, oder auch die öffentlich rechtlichen Medien nennen. Auch die Post oder die Telekom waren mal Besitz der Allgemeinheit in staatlicher Verwaltung. Noch ist es auch die Bahn.

Warum ist ein Gut öffentlich?

Es gibt Aufgaben oder Bereiche der Gesellschaft, die aufgrund der Verfassung oder des aktuellen Gesetzes, oder einfach aufgrund ihrer Notwendigkeit, für alle zugänglich sein müssen.

Bildung ist wichtig und die westliche Gesellschaft hat sich im Laufe der Jahrhunderte und vor allem im Zuge der Aufklärung dafür entschieden, dass jeder Mensch ein gleiches Recht auf Bildung haben sollte. Aber Bildung kostet. Genau wie die Bahn. Das Schienennetz muss repariert werden, die Bahnen brauchen Treibstoff (Diesel, Strom), sonst können sie nicht fahren und Lehrer brauchen Geld und Lehrmittel.

Und auch die Schule braucht Strom. Aber Strom, der Lokführer, der Lehrer oder die Lehrmittel sind nicht umsonst und müssen bezahlt werden.

Bei der Bahn gibt es den Fahrpreis, der die Kosten decken kann. Abgesehen davon, dass eine gut funktionierende, umweltschonende und für alle zugängliche Bahn wahrscheinlich kein Geschäft ist, das sich lohnt, ist es dennoch vorstellbar, dass die Kosten durch den Fahrkartenverkauf und die Werbung in Bahnen wieder eingeholt werden können.

Bei Bildung ist das anders. Vernünftig betrachtet gibt es keinen Grund dafür, warum Bildung direkt Geld einbringen kann. Dennoch ist sie wichtig. Und würden wir die Bahn zu einem lohnenden Geschäft machen wollen, würden wohl alle über viele zu hohe Ticketpreise meckern und nur noch wenige könnten sich die so genannten öffentlichen Verkehrsmittel leisten.

Aber wir haben uns ja darauf geeinigt und rühmen uns damit als freies, soziales demokratisches Land, dass wir nicht dem Großteil der Menschen die Möglichkeiten der Mobilität entziehen wollen. Und erst recht nicht das Recht auf Bildung. Das wäre unsozial und hätte nur wenig mit Chancengerechtigkeit zu tun, würde man für Bildung die Menschen zahlen lassen.

Aber irgendwie müssen die Kosten gedeckt werden. Bei öffentlichen Gütern normalerweise durch Steuern, die prozentual zum Einkommen stehen, so dass die Reichen den Armen hier den Zugriff auf ein „für alle“ gewährleisten. Das ist gerecht, wenn man bedenkt, dass es keinen Reichtum ohne Armut geben kann.

Aber leider beginnt gerade eine neue Zeit, die eine Abkehr von Vernunft und Aufklärung darzustellen scheint. Anstelle einer Verwaltung durch den Staat werden öffentliche Güter zunehmend privatisiert.

Wasser, Strom, Post und Telekommunikation sind es schon länger. Die Bahn folgt und Bildung geht diesen Weg still und heimlich, nur und hoffentlich unter entsprechend größerem Protest.

Es ist natürlich verlockend, die Politik und die öffentliche Verwaltung von der Verantwortung zu befreien, für Lehrmaterial und Schienennetz zu bezahlen, zumal es sich im Wahlkampf immer schwer verkaufen lässt, dass der Staat ein Haushaltsdefizit hat.

Aber anstatt für eine stärkere Umverteilung der gesellschaftlichen Reichtümer zu sorgen geht man lieber den einfachen Weg. Man gibt den Privaten die Macht und bewegt alles, damit sich Bildung oder Bahnfahren plötzlich rentiert.

Bei der Bahn ist das einfach. Ganze Schienennetze und Bahnhöfe werden stillgelegt, Löhne werden gekürzt und ausbilden muss man den Lokführer eigentlich auch nicht, denn das kostet zu viel. Außerdem kann man ja auch

Investoren hinzuziehen, die sich ein Mitspracherecht erkaufen können, damit die Bahn plötzlich profitabel ist. Ach ja, natürlich wird sie dann nicht mehr überall hinfahren und öffentlich ist sie damit sicherlich nicht, denn genug bezahlen muss der Kunde schon können, damit Profit und Wachstum entstehen können, das was einen Investor überhaupt erst lockt.

Einen Fahr“Gast“ gibt es dann allerdings nicht mehr.

Man kann sagen, dass ein profitmaximierendes Unternehmen sicherlich effizienter arbeitet und plant als der Staat. Aber niemand kann sagen, dass Effizienz auch gut für alle ist. Es ist sicherlich nicht sehr „effizient“ jeden Schüler zu fördern, egal wie schwierig es ist, und es ist auch nicht sehr profitabel ihn kritisch zu erziehen, oder solidarisch, oder sozial. Aber es wäre im Sinne der Aufklärung, der Vernunft und der Menschenwürde. Doch warum sollten private Konzerne daran Interesse haben, wenn niemandem außer ihrem Vorstand ein Mitspracherecht eingeräumt wird? Demokratisch ist das mit Sicherheit nicht.

Und es ist nicht im geringsten demokratisch oder vernünftig und auch nicht frei, wenn ein einziger Konzern anfängt Schulbücher im Fach Sozialwissenschaften zur Verfügung zu stellen, in denen kritische Betrachtungen der Gesellschaft, des aktuellen Systems oder eben der Privatisierung konsequent raus gestrichen werden. Natürlich im Sinne des Konzerns und des Profits. Das ist zwar noch nur ein Gedankenspiel, aber es würde den Gesetzen des Marktes entsprechen und wäre eine mögliche Folge der Privatisierung.

Milan von der Gracht ist 22 Jahre alt und studiert Sozialwissenschaften in Köln. Er ist aktiv bei Noya, dem globalisierungskritischen Jugendnetzwerk in Attac, und macht ansonsten noch leidenschaftlich gerne Musik.

Buchtipps – zum Weiterlesen:

Agenda Bertelsmann: Ein Konzern stiftet Politik (Werner Biermann und Arno Klönne)

Inkota Brief: Wasser - öffentliche Kontrolle statt Kommerz

Attac Basistext 15: Wissensallmendt

Attac Basistext 26: Wem gehört der Himmel

Attac Basistext 22: In den letzten Zügen

Film: Bahn unterm Hammer

Jean Ziegler: Die neuen Herrscher der Welt

Greenwashing

bei Fleischprodukten



24

oder „Wie manipulierbar sind die VerbraucherInnen?“

„Greenwashing“ heißt eine der Methoden von Konzernen, um ihre Produkte in ein besseres Licht zu rücken und zu verkaufen. Diese Werbetaktik, wörtlich übersetzt „Grünwaschen“ genannt, basiert darauf, Produkte als ökologisch wertvoller darzustellen, als sie sind. Damit soll das hohe Umweltbewusstsein der Menschen angesprochen und ein gutes Gefühl beim Kauf der jeweiligen Ware erzeugt werden. Beispiele sind Autokonzerne, die für angeblich umweltschonende Autos werben, obwohl ernst genommener Klimaschutz einen weitreichenden Verzicht auf Autoverkehr bedeuten müsste oder Atomkraftwerke, die als Klimaschützer dargestellt werden, womit vom ständig vorhandenen Risiko eines atomaren Unfalls und der sonstigen Nebenwirkungen der Atomkraft abgelenkt wird, um längere Laufzeiten von Schrottreaktoren durchzusetzen. Ein weiteres prominentes Beispiel liefert auch die Gentechnikindustrie, die vorgibt mit ihren Produkten den Welthunger lösen zu können, de facto aber über Patentrechte Menschen der Möglichkeit beraubt sich selbst zu versorgen und

somit in Abhängigkeit bringt, weshalb im Resultat sogar Hunger entsteht statt abzunehmen.

Seit kurzem gesellt sich sogar die Fleischindustrie hinzu und weiß die Welt mit absurden Versprechungen zu retten nur um ihren persönlichen Profit zu steigern.

Angesichts der momentanen Ernährungskrisen erscheint es absurd, den Konsum von Fleisch als ökologisch sinnvoll anzupreisen. Gigantische Weideflächen werden für Viehhaltung benötigt und immerhin bedeutet eine Kalorie aus tierischen Produkten ungefähr sieben pflanzliche Kalorien in der Erzeugung. Daran ändert auch Biohaltung wenig, die drastische Reduktion des Konsums von tierischen Produkten wäre eine deutlich sinnvollere Reaktion.

Den Bio-Wurst-Erzeuger Ökoland hält das aber nicht von einer gruseligen Werbekampagne ab. „Superwurst“ nennt sich das Projekt und es geht um die erste angeblich „Emissionsfreie Wurst“. Sogar zertifiziert sei das Ganze, nach „Stop climate change standards“. Funktionieren soll es dadurch,

dass die unvermeidbaren Emissionen in der Produktion über den Kauf von Zertifikaten „ausgeglichen“ werden. Es werden also andernorts Windräder gebaut, wenn Menschen die Superwurst kaufen.

Nichts gegen den Bau von Windrädern, aber es bleibt unklar, warum dafür Menschen Fleisch konsumieren sollen. Doch der Trick funktioniert leider immer wieder, denn viele Menschen vertrauen offenbar allem blind, was nach einem Zertifikat aussieht und kommen nicht auf die Idee, dass Windräder auch gebaut werden könnten, ohne Tiere zu töten. Erfreulich wäre zudem eine Erklärung, warum Emissionsneutralität ausreichen soll, den Klimawandel zu stoppen, ging es doch bisher berechtigter Weise immer um eine drastische Senkung des CO₂-Ausstoßes. Quintessenz kann nur sein: Erst denken, dann kaufen. Werbung angreifen!

Links dazu: superwurst.info
www.mampf-dem-klimawandel.de

von Hanna Poddig

Die Gentechnikindustrie gibt vor mit ihren Produkten den Welthunger lösen zu können. De facto beraubt sie über Patentrechte Menschen der Möglichkeit sich selbst zu versorgen und bringt in Abhängigkeit, weshalb im Resultat sogar Hunger entsteht.

25

Die Weltbank im Schatten der USA

Wieso wurde sie geschaffen, wie wurde sie zur Wortführerin des Neoliberalismus und warum wehren sich Entwicklungsländer nicht?

Wieso wurde die Weltbank geschaffen?

Um Entwicklungsländer zu neoliberaler Politik zu zwingen, ist doch ganz klar! Ist es nicht. Ursprünglich wurde die Weltbank 1945 als International Bank for Reconstruction and Development (IBRD) geschaffen, um den Wiederaufbau des zerbombten Europas zu finanzieren. Dumm nur, dass der Marshall Plan der Weltbank hier bald den Rang ablief... Erst Ende der 1950er Jahre fing sie an, sich für Entwicklungsländer zu interessieren. Auch war die Weltbank nicht von vornherein von neoliberaler Politik geprägt. Nach der katastrophalen Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre hatte sich verstärkt die Einsicht durchgesetzt, dass der freie Markt internationalen wirtschaftlichen Problemen nicht allein Herr werden kann. Die Weltbank wurde also als Institution der Regulierung der Weltwirtschaft geschaffen. Um so ironischer, dass sie jetzt zu den lautstärksten Befürwortern von Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung gehört.

Noch vor dem Ende von McNamaras Präsidentschaft verlief sich dieser neue Ansatz jedoch in Frustration und Enttäuschung. Viele der großen Agrarprojekte hatten sich als Fehlschläge herausgestellt. Eine wegweisende Studie der Weltbank 1981 sah die Schuld hierbei vor allem bei „bad governance“ (dt. „unverantwortliche Regierungsführung“) der Empfängerländer. Weiterhin hatten die Ölkrisen der 1970er den von Ölimporten abhängigen Entwicklungsländern stark zugesetzt. Viele Kredite an Entwicklungsländer waren mit variablen, also entsprechend der allgemeinen Zinsentwicklung schwankenden, Zinsen versehen. Da die Industrieländer selbst in dieser Krisenzeit, in der auch noch das globale System fester Wechselkurse zusammenbrach, viel stärker auf ihr Portemonnaie achteten, schossen die Zinsen nach oben. Die Kredite wurden unbezahlbar und die Schuldenkrise der Entwicklungsländer war geboren. Da die Schuld an der Entwicklungsmisere jedoch bei den Entwicklungs-

Erteilung von Auflagen an die Empfänger der Kredite

Wie konnte das passieren?

1958 wurde mit Hinwendung zu Entwicklungsländern, von denen die meisten zu diesem Zeitpunkt noch Kolonien waren, die International Development Association (IDA) gegründet. Die IBRD, die sich an vor allem an Schwellenländer richtet und die IDA, die ärmere Entwicklungsländer bedient, sind die wichtigsten Institutionen der Weltbank.

Zunächst wurden über die IDA sehr großzügige Kredite vergeben – völlig ohne die heutzutage viel gescholtene Konditionalität, die Erteilung von Auflagen an die Empfänger der Kredite. Besonders große Infrastrukturprojekte in reicheren Entwicklungsländern wurden gefördert. Allerdings steckte dahinter auch ein politisches Kalkül: Es war Kalter Krieg und der Westen brauchte Mittel, um sich Freunde in der Dritten Welt zu kaufen, die sich ab den 1960er Jahren nach und nach in die Unabhängigkeit erhob. Mit dem charismatischen Robert McNamara, ab 1968 an der Spitze der Weltbank, gab es einen grundlegenden Strategiewechsel. Es ging nicht mehr nur um

Wirtschaftswachstum, sondern um Armutsbekämpfung. Es wurden Schwerpunktprogramme zur Förderung der ärmsten Bevölkerungsteile aufgelegt und die Kreditvergabe in neuen Gebieten wie Wasserversorgung, Bildung und Landwirtschaft stieg drastisch an.

ländern gesucht wurde, lag die vermeintliche Lösung nahe: Man musste sie zu Reformen zwingen.

Als Lösung wurde unter starker Einflussnahme der Reagan-Regierung in den USA und Thatcher in Großbritannien der Washington Consensus als gemeingütiges Entwicklungsrezept propagiert – die Strukturen der Entwicklungsländer sollten durch Reformen im Sinne von wirtschaftlicher Liberalisierung, Deregulierung, Reduzierung von Staatsausgaben und Marktöffnung angepasst werden. Die 1980er und 1990er Jahren gehörten der Strukturanpassung. Eine neoliberale Blaupause wurde den Empfängerländern unabhängig von kulturellen, sozialen und ökonomischen Unterschieden aufgezwungen. Die Bilanz ist ernüchternd: In Subsahara-Afrika und Lateinamerika ist die Ungleichheit gestiegen, während das Wachstum weitgehend stagniert. In Südostasien hingegen, weitgehend als Erfolgsmodell gesehen, hat sich nicht an Auflagen der Weltbank gehalten und trotzdem profitiert.

Ende der 1990er Jahre geriet die Weltbank verstärkt in die Kritik der erstarkenden globalisierungskritischen Bewegung. Um diese zu überwinden, rückt die Weltbank seit den späten 1990er Jahren zunehmend vom Washington Consensus ab und propagiert einen vermeintlich umfassenderen Ansatz, der neoliberale und soziale Aspekte verbindet, und intensiviert die Diskussion mit einigen ihrer Kritiker. Ein Prinzip, das

26

besonders hoch gehalten wird, ist Eigenverantwortlichkeit der Empfängerländer statt erzwungener Anpassung. Hierzu sollen sogenannte Poverty Reduction Strategy Papers (PRSPs) herhalten, in denen betroffene Regierungen in Kooperation mit Akteuren der Zivilgesellschaft selbst Strategien zur Armutreduzierung entwickeln sollen. Dieser Ansatz ist jedoch skeptisch zu bewerten – allzu oft stehen am Ende in den PRSPs die alten neoliberalen Rezepte. Während das große Leitbild mehr und mehr von Washington Consensus abrückt, ändert sich im Kleingedruckten wenig. Insgesamt kristallisieren sich als treibende Kräfte hinter den Veränderungen der Weltbank die USA und später auch andere kapitalstarke Industrieländer sowie die Interessen und Anforderungen der Finanzmärkte und der Wirtschaft heraus. Die Empfängerländer hatten auf diese Veränderungen kaum Einfluss.

Warum wehren sich die Entwicklungsländer nicht?

Zunächst ist interessant, wer die Weltbank geschaffen hat. Obwohl die Mitgliedschaft mit mittlerweile über 180 Staaten fast die gesamte Welt umfasst, war sie im Wesentlichen eine Schöpfung der USA, die einen Großteil des frühen Personals und Kapitals stellten. Weiterhin musste sie in den frühen Jahren das Vertrauen der Wall Street gewinnen, da ein Großteil ihrer Aktivitäten aus Anleihen am US-Kapitalmarkt bezahlt wurde. Den Verdacht, eine „Wohltäterorganisation“ zu sein, konnte sie durch Bestehen auf Haushaltsdisziplin bei Nehmerländern und Konzentration auf konkret bilanzierbare Infrastrukturprojekte schnell ablegen. Die Bank hat einen sehr guten Ruf bei den Gläubigern. Bis jetzt musste sie noch keinen Kredit abschreiben. Die Stimmgewichtung in der Bank ist nicht nach dem Prinzip „ein Land, eine Stimme“ organisiert wie zum Beispiel in den Vereinten Nationen. Vielmehr gilt „ein Dollar, eine Stimme“, was zu einer Stimmenverteilung führt, in der die USA mit dem größten Kapitalbeitrag über 16% der Stimmen verfügt. Damit haben hat sie faktisch ein Vetorecht, da für wichtige Entscheidungen eine Mehrheit von 85% erforderlich ist. Palau (Inselstaat im pazifischen Ozean) mit dem geringsten Kapitalanteil verfügt hingegen lediglich über 0,01% der Stimmen. Dies hat Auswirkungen auf Entscheidungsfindung und Personalbesetzung. So wird z.B. der Präsident der Bank immer von dem Land mit den meisten Kapitalanteilen gestellt – traditionell den USA. In der Gouverneursversammlung, die jährlich tagt und Grundsatzentscheidungen trifft, ist zwar jedes Mitgliedsland durch seinen Finanzminister vertreten. Deren Stimmgewicht variiert jedoch erheblich. Im Exekutivdirektorium, das für wichtige laufende Entscheidungen zuständig ist, werden von 24 Direktoren allein fünf von den fünf stimmenstärksten Mitgliedern ernannt. Kein Wunder, das die Interessen von Entwicklungsländern so wenig Beachtung finden.

Julian Schwarzkopff

Literatur:

Uwe Hoering (2007): Vorsicht: Weltbank - Armut, Klimawandel, Menschenrechtsverletzungen. Forum Umwelt und Entwicklung, VSA-Verlag.

Daniela Setton, Jürgen Knirsch u.a. (2008): WTO – IWF – Weltbank - Die „Unheilige Dreifaltigkeit“ in der Krise. Attac Basistexte 25, VSA-Verlag.

*Es gilt das Prinzip
„ein Dollar, eine Stimme“*

Marshallplan

Der Marshallplan, offiziell European Recovery Program (kurz: ERP) genannt, war das wichtigste wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm der USA, das nach dem Zweiten Weltkrieg dem zerstörten Westeuropa zugute kam und bestand aus Krediten, Rohstoffen, Lebensmitteln und Waren. Das Programm wurde 1948 beschlossen. In den darauffolgenden vier Jahren leisteten die USA den bedürftigen Staaten der Organisation for European Economic Co-operation (OEEC) Hilfen im Wert von insgesamt 13,1 Milliarden US-Dollar – (entspricht im Jahr 2007 ca. 75 Milliarden Euro). Das Programm wurde nach dem US-Außenminister und Friedensnobelpreisträger des Jahres 1953 George C. Marshall (Amtszeit 1947–1949) benannt, auf dessen Initiative es zurückgeht. Aus „Wikipedia“

Weltwirtschaftskrise

Als Weltwirtschaftskrise bezeichnet man den 1929 einsetzenden schweren volkswirtschaftlichen Einbruch in allen Industrienationen, der sich unter anderem in Unternehmenszusammenbrüchen, massiver Arbeitslosigkeit und einem anhaltenden Rückgang des Preisniveaus (Deflation) äußerte. Die Gleichzeitigkeit der Krisenerscheinungen wurde gefördert durch die gewachsene Verflechtung der Einzelwirtschaften und Finanzströme der betroffenen Staaten. Die Weltwirtschaftskrise beendete die so genannten „Goldenen zwanziger Jahre“, in denen wirtschaftlicher Aufschwung herrschte. Aus „Wikipedia“

Washington Consensus

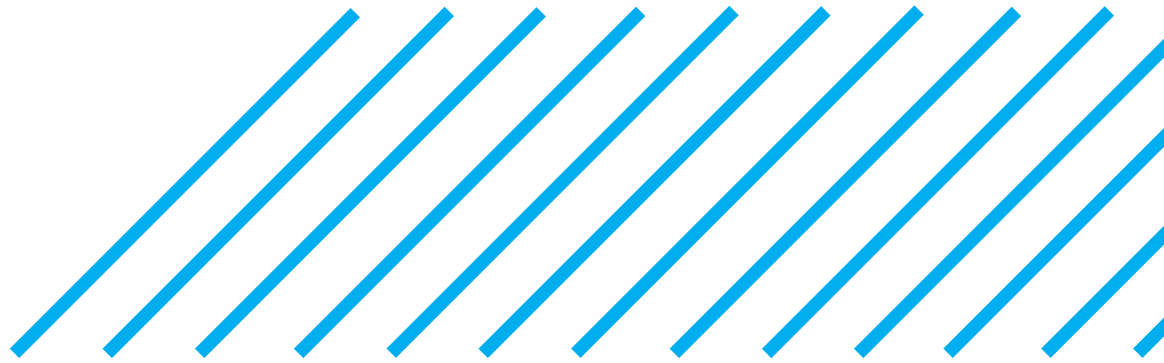
Der Begriff Washington Consensus bezeichnet eine Menge von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die Regierungen zur Förderung von wirtschaftlicher Stabilität und Wachstum durchführen sollten. Dieses Konzept wird von IWF und Weltbank propagiert und gefördert. Aus „Wikipedia“

Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung

Deregulierung bedeutet in der Ordnungspolitik den Abbau oder die Vereinfachung staatlicher Normen und Vorschriften. Begründet wird Deregulierung mit negativen wirtschaftlichen Folgen staatlicher Regulierungen, indem sie z.B. wirtschaftliche Aktivitäten verhindern oder in eine falsche Richtung lenken. Die Begriffe Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung werden häufig in Ihrer Bedeutung nicht klar unterschieden. Unter Privatisierung wird die Verlagerung bestimmter staatlicher Aktivitäten in die Verfügungsgewalt des privaten Sektors der Volkswirtschaft verstanden. Liberalisierung bedeutet den Abbau staatlicher oder gesellschaftlicher Eingriffe und Vorschriften. Aus „Wikipedia“

Aus „Wikipedia“

Die WTO für einen gerechten Welthandel?



Nachhaltigkeit

Das Konzept der Nachhaltigkeit beschreibt die Nutzung eines Systems in einer Weise, dass dieses System in seinen wesentlichen Eigenschaften erhalten bleibt und sein Bestand auf natürliche Weise nachwachsen kann.

Aus „Wikipedia“

Beispiel gefällig?

Ein oft zitierter Fall, der veranschaulicht, wie WTO-Regeln umweltschützende Maßnahmen behindern, ist der Krabben-Schildkröten-Fall. Die USA hatten festgesetzt, dass beim Krabbenfang gewisse Vorsichtsmaßnahmen angebracht werden müssen, die bedrohte Meeresschildkröten schützen. Als die USA 1995 den Import von Krabbenfleisch verbot, das nicht diesem Gesetz entsprach, kam es zum Streitfall: Indien, Pakistan, Malaysia und Thailand legten Widerspruch beim WTO Streitschlichtungs-panel ein – und gewannen prompt. Umweltschutz ist mit den WTO Grundsätzen der Nicht-Diskriminierung also


Die Welthandelsorganisation, geläufiger unter dem englischen Kürzel WTO, stellt zusammen mit dem Internationalen Währungsfond und der Weltbankgruppe die wichtigsten internationalen Institutionen des Welthandelsystems. Sie umfasst aktuell 153 Mitglieder, die – anders als z.B. beim IWF - nach dem demokratischen Prinzip „One man, one vote“ jedes über eine Stimme verfügen. Als Nachfolgeorganisation des GATT¹ sieht sich die WTO als ein Verhandlungsforum, durch das die Mitgliedsländer in (oft jahrelangen) Verhandlungsrunden zur Einigung kommen. Diese Verträge und Regularien haben die multilaterale Liberalisierung des Welthandels zum Ziel. Dabei achtet die WTO jedoch auf die Prinzipien der Gleichbehandlung, Gegenseitigkeit und Transparenz; auch Entwicklung, wirtschaftlicher Fortschritt sowie der Schutz von Gesundheit und Leben sind im Vertragswerk festgeschrieben. In Streitfällen verfügt die WTO seit mehreren Jahren über einen Schlichtungsmechanismus, der aus einem Experten-Panel besteht.

Fazit: Die WTO also ein demokratisches, transparentes Instrument des Multilateralismus, das den gerechten Welthandel und die menschliche Entwicklung durch Freihandel voranbringt? Wohl kaum.

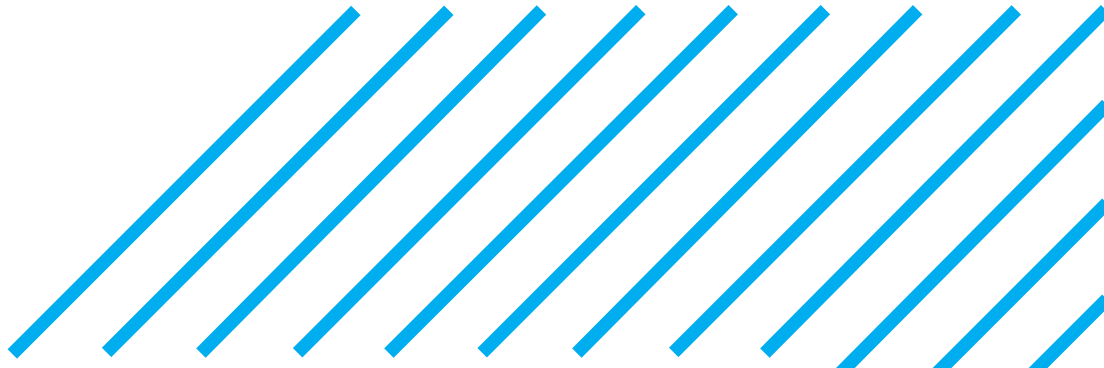
Zuerst einmal die Behauptung, die WTO sei ein demokratisch verfasstes Gremium, kann

den meisten WTO-KritikerInnen nur noch ein müdes Lächeln abringen: Das Prinzip der gleichen Stimmzahl wird in der Realität durch Absprachen, die in Klüngerunden und Mini-Konferenzen von wenigen Ländern (z.B. die green-room group, benannt nach einem Raum im WTO-Sitz in Genf) getroffen werden, durchbrochen. Auch mit der Transparenz ist es hier nicht weit her, wenn getroffene Beschlüsse von einem Großteil der Länder einfach abgenickt werden müssen. Zwar werden zunehmend die Interessen Japans, Chinas und Indiens berücksichtigt, die Hegemonie der wirtschafts- und exportstarken Länder, namentlich der USA und den EU-Ländern, bleibt nach wie vor bestehen – meist zum großen Schaden der Agrar- oder Entwicklungsländer.

Letztere propagieren seit Jahrzehnten den Freihandel als ultimativen Entwicklungs- und Industrialisierungsmotor; allerdings mit einer gehörigen Portion Doppelmoral. Während beständiger Druck zur Öffnung der Märkte und zur Liberalisierung ausgeübt wird, sähen die USA und die EU den Agrarhandel zum Schutz der heimischen Märkte am liebsten davon ausgenommen. Erst seit der Uruguay-Runde 1986 wird der Agrarhandel schrittweise im Sinne der WTO-Ziele liberalisiert, mit massiven Subventionen und Exportquoten suchen diese Länder ihre Industrien vor den



*oft schwer vereinbar.
Beispiel gefällig?
Liberalisierungen und Privatisierungen – das ist den Ländern des globalen Südens seit den achtziger Jahren bereits ausreichend durch IWF und Weltbank bekannt. Doch mit der Liberalisierung der Dienstleistungen (GATS) erhöht sich der Druck seit 2000 auch massiv von Seiten der WTO. Beispiel Wasserversorgung: Die weltweit größten Wasserkonzerne stammen aus der EU. Keine Überraschung, dass letztere 2003 72 Länder auffordert hat, ihre Wassersektoren im Rahmen des GATS zu liberalisieren. Dass das extrem negative Auswirkungen auf die Bevölkerung haben kann, zeigt das Beispiel des „Wasserkriegs“ in Cochamba (Bolivien) im Jahre 2000. Fünf Jahre später steht Boliviens Wasserprivatisierung wieder in den Schlagzeilen: In der Stadt El Alto sind die Preise enorm gestiegen, die Anschlussgebühr beträgt über die Hälfte des durchschnittlichen Jahreseinkommen, und 40 000 Haushalte bleiben komplett ohne Anschluss – der französische Konzern Suez hielt Investitionen hier einfach nicht für rentabel. Diese Liberalisierungen sind nicht mehr umkehrbar – das GATS-Abkommen lediglich im Interesse der Industriestaaten und der Global Player?*



Folgen zu schützen – zum Schaden der Entwicklungsländer, die nicht konkurrenzfähig zu subventioniertem und verbilligtem Getreide sind. Die aktuelle Nahrungsmittelkrise zeigt gerade einmal wieder deutlich, welchen Problemen die Agrar- und Entwicklungsländer durch die einseitige und scheinheilige Liberalisierung der Agrarmärkte ausgesetzt sind.

Selbst der Reformstart mit der Uruguay-Runde musste von den Entwicklungsländern teuer erkaufte werden. Im Gegenzug stimmten sie der Erweiterung der WTO-Agenda um die TRIPS2-, TRIMS3- und GATS4-Verträge zu. Damit wurde die Liberalisierung und Deregulierung des Dienstleistungssektors eingeläutet, außerdem das Recht zum geistigen Eigentum festgehalten; Maßnahmen, deren Auswirkungen sich als einseitig für die Industrieländer von Vorteil erwiesen haben.

Ein weiteres Problem der WTO-Regularien ist, dass es mit dem Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse schwer wird Umweltschutz- oder Arbeitsschutzbestimmungen aufrecht zu erhalten, da sie heimische Produkte gegenüber ausländischen bevorzugen und damit den Markt verzerren. Ob ein Produkt mit Kinderarbeit oder nicht hergestellt wurde, das kann dem/der VerbraucherIn ja egal sein, wirtschaftlich wird es gleich behandelt. Das ist zumindest bis jetzt offizielle WTO-Politik, die paar Versuche, die es gab um Arbeitsschutz o.ä. In das Vertragswerk aufzunehmen, scheiterten oft am Widerstand der Länder, die in billiger Arbeit und Umweltschäden einen Wettbewerbsvorteil sehen. Der politische Gestaltungsrahmen wird so bei fortschrittlichen und nachhaltigen Maßnahmen definitiv eingeschränkt.

Es sieht also nicht so rosig aus mit der WTO. Das Dogma „Entwicklung durch Freihandel“ scheint nicht unbedingt Erfolg zu haben. Es bleibt zu hoffen, dass auch mit dem Scheitern der Doha-Runde langsam ein Prozess des Umdenkens einsetzt, weg von voreiliger Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung, hin zu einer globalen Politik der Verteilungsgerechtigkeit.

Laura Appeltshauer



Das move!-Interview

move! spricht mit der noya-Aktivistin Andrea Hingst über Motivation und Möglichkeiten sich politisch zu engagieren

move!: Du bist Mitglied im Jugendnetzwerk noya. Was machst du da genau?

Andrea: Noya ist ein Jugendnetzwerk unter dem Dach von Attac. Es spricht insbesondere junge Leute an, die Lust haben sich mit Globalisierungskritik auseinander zu setzen. Die Spielregeln der Globalisierung sind unfair, sie sind lediglich auf die Interessen der Industrieländer zugeschnitten und arme Länder werden noch ärmer. Der Umgang mit der Globalisierung entspricht auch nicht demokratischen Prinzipien. Große Events, wie zum Beispiel die G8 Proteste, zeigen, wie viele Menschen sich gegen diese Art der Globalisierung stellen. Noya ist ein Angebot für junge Leute, um Teil dieser Bewegung zu werden. Das unterstütze ich. Eine Plattform zum Austausch, für gemeinsame Aktionen und kritischen Widerstand ist nicht nur wichtig, sondern gleichzeitig sehr motivierend. Da fordere ich eine Gesellschaft in der Kultur und Bildung für alle zugänglich ist und nicht der Konsum alles bestimmt und kann dies auch gleichzeitig mit anderen Leuten so erleben. Man trifft viele tolle Menschen, die ähnliche Vorstellungen haben und für diese einstehen: für eine sozial- und ökologisch gerechte Globalisierung. Dabei sehe ich gewaltfreien zivilen Ungehorsam als ein geeignetes Mittel, um diese Forderungen nach außen zu tragen. Außerdem bedeutet Protest Spaß haben und deswegen bin ich bei noya. Allerdings gibt es keine Mitgliedschaften, das macht das ganze offener, finde ich.

move!: Gab es Schlüsselereignisse die dich dazu gebracht haben, dich zu engagieren? Und warum schließlich noya?

Andrea: Themen wie Solidarische Ökonomie, Bildungspolitik, Leistungsgesellschaft etc. haben mich auch zu Schulzeiten interessiert. Doch das sogenannte Schlüsselereignis war der G8-Gipfel in Heiligendamm und die Proteste rund um Rostock. Die vielen Menschen, die so großartig kreativen Protest auf die Straße gebracht haben und die häufig schlechte Berichterstattung, haben mich dann dazu gebracht selbst mitmachen zu wollen. Die Leitsätze und Ideen von Attac sind prima – nur noya rockt mehr(-: Noya war gerade im Entstehen, die Offenheit und die Entschlossenheit von ebenfalls jungen Leuten fand/finde ich prima und eben motivierend.

move!: Welche Rolle und welches Potential hat noya für dich?

Andrea: Noya ist ein Netzwerk, um einen Austausch zu ermöglichen und Diskussionen zusammen zu bringen, auch eine Möglichkeit gemeinsame Aktionen zu starten, um einen vielfältigen Protest deutlich zu machen. Wichtig sind Ideen und Zeit, dann ist eigentlich alles möglich. Dann wird zusammen, also entweder in der eigenen Ortsgruppe oder mit Leuten aus anderen Städten, an der Umsetzung gebastelt. Mir ist wichtig, für möglichst viele offen zu sein und immer wieder neue Ideen und Ansätze zu diskutieren. Bei Auseinandersetzungen sind Flexibilität und Kreativität bedeutend. Da hat ein Jugendnetzwerk großes Potential.

Ich fordere eine Kultur, in der Konsum nicht alles bestimmt

move!: Was versprichst du dir von deinem konkreten politischen Engagement bei noya für deine übergeordneten Ziele?

Andrea: Vor allen Dingen öffentlichkeitswirksame Aktionen in denen deutlich wird, dass es uns gibt und dass wir grundlegende Veränderungen wollen. Das heißt jetzt nicht purer Aktionismus, sondern Aktionen als Mittel zur Auseinandersetzung. Ich bin immer wieder überrascht, wie viele Tatsachen mir noch nicht bewusst waren und dann denke ich, dass jedeR etwas dagegen tun würde. Aufklärung ohne Zeigefinger. Eine Welt in der Profite vorgehen, vor allem vor Mensch und Umwelt, hat keine Zukunft. Da mache ich nicht mit und erfolgreicher wird Protest natürlich dann, wenn es viele AltermondilistInnen gibt. Sich gemeinsam zu engagieren und nicht nur die eigene Karriere im Kopf haben. Selber stärker werden durch gemeinsames Handeln für eine gute Sache.

move!: Politisches Engagement kostet Zeit. Wie bringst du politisches und Freizeit unter einen Hut? Und welche Auswirkungen hat deine Arbeit bei noya auf dein Leben?

Andrea: Die Frage ist lustig...Meine Freunde und meine Familie werden dies vermutlich anders sehen(-: Eigentlich hat sich meine Freizeit ja verdoppelt. Einerseits die freie Zeit, die für noya drauf geht und dann die Zeit mit Freunden und Familie. Das steckt also alles unter einem Freizeit – Hut... Klar gibt es Zeiten in denen einige Projekte sehr viel Kraft und Zeit in Anspruch nehmen. Da ist es eine wichtige Erfahrung, dies richtig einzuschätzen und statt zu verbissen mit Freude und Lust bei der Sache zu bleiben.

move!: Was rätst du Jugendlichen, die was bewegen wollen? Wie kommt mensch am besten an Informationen?

Andrea: Nicht lange warten, es gibt bei noya immer tolle Aufgaben und Projekte in denen jedeR mitmachen kann. Und für Informationen über die globalisierungskritische Bewegung ist wohl am Besten das Internet geeignet oder Gruppen vor Ort. Bei noya gibt es ne Menge Leute, bei denen man sich persönlich melden könnte oder einen Newsletter abonniert, um einfach erst einmal mitzulesen.

sweatshop-free & vegan

freedom shirt

no sweat hi-top

panther sneaker

liberation hoody

end animal testing shirt

schuhe, buttons, aufnäher, shirts, bücher, sticker, & vieles mehr.

neuer online shop!

FAIR WEAR

roots of compassion

non-profit vegan activist collective www.rootsofcompassion.org

Herausgeberin

noya (network of young altermondialists)
Müchener Straße 48
60329 Frankfurt am Main
Fon (069) 900 281 10
move@no-ya.de

www.no-ya.de

Redaktion

Jan David Bakker, Milan von der Gracht, Julia Lingenfelder, Nadine McNeil, Christoph Müller, Joris Sprengeler

AutorInnen

Laura Appeltshauser, Milan von der Gracht, Andrea Hingst, Florian Höllen, Benjamin Lapp, Boris Loheide, Ramona Menke, Christoph Müller, Hanna Poddig, Martin Schmelzer, Julian Schwartzkopff, Joris Sprengeler, Felix Werdermann

Layout

Maximilian de Molière
(maxmoliere@hotmail.de)

Cover

Tabea Venrath, Maximilian de Molière

Anzeigen

roots of compassion, falkonection

Auflage

5.000 Stück

Druck

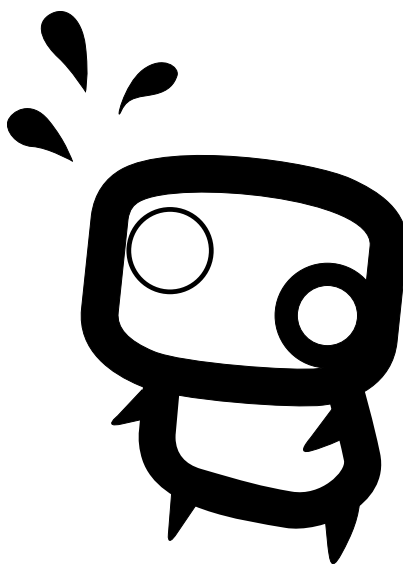
Pachnicke Druck, Göttingen - Das verwendete Papier besteht zu 100% aus Recyclingpapier.

Lizenz

Namensnennung, nicht kommerziell, keine Bearbeitung. Gestaltete Anzeigen sind Urheberrechtlich geschützt.

Anmerkung

Die veröffentlichten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



JUGEND für Europa
Deutsche Agentur für das
EU-Programm JUGEND IN AKTION

WWW.FALKONECTION.COM

